

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erstheft jeden Sonnabend. — Verkaufspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg I, Drahstr. 2-3. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 4

Berlin, den 25. Januar 1930

5. Jahrgang

Diktaturversuche des Reichsbankpräsidenten.

Während sich Nationalsozialisten, Stahlhelm, Kommunisten und andere — mit heiserer Kehle, geiferndem Mund und läugerischen Behauptungen im Schweige ihres Angesichts wegen irgendeiner Diktatur eifrig abmühen, entwickelte sich so ganz ohne Geschrei, so im Stillen, der „Kaiser von Deutschland“, der Diktator Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht. Er redete wohl auch öfter, darunter sehr dummes Zeug, aber das Reden machte ihn nicht zum Diktator, sondern sein Handeln. Schacht hat als Reichsbankpräsident große Macht in der Hand und benützt sie. Er gebietet und führt an.

Deutschland braucht für wirtschaftliche Zwecke Geld vom Auslande. Schacht gibt keine Einwilligung zum Abschluß von Auslandsanleihen, mithin darf kein Geld herein. Das bedeutet, daß Kommunen das Bauen einstellen, daß Arbeiter entlassen werden müssen. Unternehmer bekommen keine Bankkapitalien, geraten in Schulden und kommen in Verdrängnis. Handel und Wandel stockt. Das Arbeitslosenheer schwillt an. 2 Millionen sind es schon, die zu den Stempelstellen marschieren, und 1 Million muß die Wohlfahrtsämter besuchen, weil sie bereits ausgezehrt sind. Der harte Winter im verlassenen Jahr trug sehr viel zur Steigerung der Arbeitslosigkeit bei, aber Schacht kann sich rühmen, daß die Folgen seiner Politik wirtschaftlich noch größere Opfermassen erforderlich; denn gegenwärtig haben wir in Deutschland fast eine halbe Million Arbeitslose mehr als im Vorjahr, trotz mildstem Wetter.

Die Auswirkungen im Handeln dieses Diktators liegen jedoch nicht nur in der Steigerung der Arbeitslosigkeit und im wirtschaftlichen Zusammenbruch, sondern auch in der Verteuerung der Lebensverhältnisse. In Berlin mußten z. B. die Fahrpreise für die Benutzung der städtischen Verkehrsmittel, die Preise für Gas, Elektrizität und Wasser erhöht werden, um die städtischen Werte im Besitze der Allgemeinheit halten zu können. Eine Steigerung der Mieten kommt noch dazu. Schachts Absicht, hinter der selbstverständlich finanziell starke Privatleute stehen, ist, die Gemeinden zu zwingen, ihre Werte an die Gläubiger abzugeben, um die fehlenden Mittel dadurch und nicht mittels Auslandsanleihen zu erhalten.

Schachts Macht war auch so groß, dem Reich den Abschluß einer Auslandsanleihe zu bereitleben und ihm teureres Inlandsgeld aufzuzwingen. Er war und ist also mächtiger als die Regierung. Bei den Young-Plan-Verhandlungen dieser Tage im Haag machte der Mann auch eigene Politik gegen die Regierung und blamierte sich und die ganze Nation. Er verweigerte die Mitwirkung der Reichsbank an der Bank für internationale Zahlungen, mußte diese Weigerung jedoch später zurückziehen. Dem Diktator waren wahrheitsgemäß seine Erfolge schon so in den Kopf gestiegen, daß er allein über die Reichsbank, ein Institut des Deutschen Reiches, gebot, ohne zu bedenken, daß sie ihm gar nicht gehört, daß er sie nur zu betreiben hat.

All die diktatorischen Handlungen des Bankmenschen Schacht, die wir in diesem Zusammenhang gar nicht alle registrieren können, sind ein Symptom, ein Kennzeichen, für die Bestrebungen des Bankkapitals und ihrer Träger nach Allmacht. Geld haben die Inhaber der Geldmacht die Hand an der Gurgel der Wirtschaft, des Staates und des Volkes, und wenn sie den ihnen geeigneten Zeitpunkt für gekommen halten, brüden sie zu. Das tat auch Schacht für seine Klasse, für die kapitalistische Wirtschaft und für das Privateigentum an Produktionsmitteln, als er so handelte. Ob die diktatorischen Handlungen Schachts Erfolge für die Dauer brachten, ist freilich eine andere Sache.

Der Versuch, die niedergehende kapitalistische Wirtschaft zu stützen, wurde in den letzten Jahren mehrfach unternommen. Es sei nur an die Maßnahmen gegen die Wirtschaftsdemokratie erinnert, wo von der geistigen Seite her ein großangelegter Angriff auf die Arbeiterbewegung, vor allem auf die freien Gewerkschaften, unternommen wurde. Dann folgte der Kampf im großen Maßstab gegen die Sozialpolitik ein. Als auch da dem Kapitalismus kein Sieg das Heil brachte, setzten die politischen Altaden ein, die eine finanzielle Stärkung über die Finanz- und Steuerreform zur Folge haben sollten; und als auch hierbei kein sofortiger Erfolg möglich war, kam Schacht von der Geldseite und diktierte einfach, was im allgemeinen Tageskampf nicht zu erreichen war, weil die wirtschaftlichen und politischen Gegenkräfte ziemlich stark waren und Widerpart waren. Der C. o. g. s. Versuch bot mehr Erfolg, aber seine Freunde stämmen nun doch über die Schwierigkeiten, in die sie der Bankfachmann Schacht selbst gebracht hat; denn mit so viel Opfern in ihren eigenen Reichen und mit so gewaltiger Kraftvermehrung der Konzerne rechneten sie nicht. Diese Bankpolitik ist also auch recht teuer erkauft, und wenn ihr nun bald von allen Seiten Einhalt geboten wird, kommt das Auslandskapital, vor dem Schacht die deutsche Wirtschaft bewahren wollte, vielleicht schneller in den Besitz an deutschen Produktionsmitteln, als es der Geldseite lieb und Wert ist. Ein Teil Betriebe, die sehr gern arbeiten möchten, und die auch Aufträge, aber kein Betriebskapital haben, müssen bereits nach Hilfe rufen. Denen brüdt Schacht auch die Gurgel mit zu

Es spüren bereits die Gemeinden, das Reich, die Länder, die Bauunternehmer, das Handwerk, die Baustoffbetriebe, der Handel, Fabrikbetriebe für Fertigwaren und die Arbeiter die bösen Folgen der Schacht-Diktatur. Diese wird nicht unüberhörbar hingenommen, darauf können sich Schacht und seine Hintermänner verlassen.

Vor allem werden die Gewerkschaften nicht stillschweigen und duldsam sein, sondern werden die Arbeiter bei der Abwehr herrschüchziger Bankgewaltiger führen. Sie werden das in jeder Beziehung tun und besonders auf ihrem ureigenen Kampfgebiet. Im Ringen mit dem Unternehmertum werden sie die Folgen der verhängnisvollen Politik des Reichsbankpräsidenten und seiner Hintermänner für die Arbeiter abwehren.

Wenn die Lohn- und Tarifforderungen dieses Jahres von der Arbeiterschaft so zahlreich erhoben werden, so können sie mit als das Echo der diktatorischen Eigenmächtigkeiten eines Schacht angesehen werden. Je mehr die hinter ihm stehenden Kreise mit

dazu beitragen, daß diese Politik lebensvertuernd und lebensverschlechternd für die Arbeiterschaft wirkt, um so schärfer werden die Auseinandersetzungen sein, die darauf folgen müssen. Das mögen sich die Herrschaften gesagt sein lassen.

Die Wirtschaft sind nicht die Unternehmer allein, zu ihr gehören auch die Arbeiter, Angestellten und Beamten. Da diese ein ebenso wichtiges Glied sind wie die Unternehmer, deshalb verlangen sie bei der Gestaltung der Dinge mitzubestimmen. Sie können daher ihre Geschicke und das Wohl und Wehe der Wirtschaft nicht von einem Diktator bestimmen lassen und werden den Herren durch die Gewerkschaften begreiflich machen, daß die Allmacht des Geldes uns nicht helfen kann.

Was die deutschen Kapitalisten mit all ihren Angriffen auf die Arbeiterschaft in den letzten Jahren nicht zustande gebracht haben, wird auch einem Schacht und seinen Geldmächtigen nicht gelingen. Die Gewerkschaften sind das Bollwerk, das den Widerstand ermöglicht, und das der Arbeiterschaft bei dem Ansturm der gegnerischen Gewalten genügend Schutz bietet. Letzten Endes werden das auch die sich so stark fühlenden Bankleute einsehen müssen.

Youngplan und Krisenschutz.

Die Reparationsfrage läßt sich nicht auf einen Wurf lösen. Sie stellt uns vor wirtschaftliche Aufgaben von solcher Größe und Unübersichtlichkeit, daß vorläufig nur Lösungsversuche gemacht werden können. Der Dawesplan war von vornherein als eine Zwischenlösung gedacht. Auch der Youngplan wird keine Endlösung sein.

Die Reparationsleistung zerfällt in zwei Teile, in die Aufbringung und in die Uebertragung der Summen. Die Aufbringung stellt uns weniger vor wirtschaftliche als vor innerpolitische Fragen der Lastenverteilung. Die besonderen Schwierigkeiten entstehen bei der Uebertragung.

Die Friedrich-List-Gesellschaft, der Vertreter der Wissenschaft der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung angehört, hat sich auf Tagungen in Bonn und Berlin mit dieser Frage der Uebertragung beschäftigt und über ihre Untersuchungen zwei umfangreiche Bände veröffentlicht. Nach Professor Kali ist das Ergebnis dieser Tagungen reichhaltiger, als man zu erwarten gewagt hat.

Wir haben heute auf der Erde praktisch eine internationale Einheitswährung, nämlich die Goldwährung. Der Dollar, das Pfund, die Mark, der Frank sind je ein bestimmtes Gewicht in Gold. Eine Währung ist dann erschüttert, wenn sie ihren Goldwert verliert. Nehmen wir an, Deutschland hätte eine ausgeglichene Zahlungsbilanz, d. h. keine Forderungen und keine Schulden würden sich ausgleichen. Dann würden auf dem Weltmarkt Angebot und Nachfrage nach Mark sich die Waage halten, der Wechselkurs würde unbedeutend um den Goldwert schwanken. Nun soll zusätzlich noch eine riesige Summe — ungefähr 1/3 des Wertes unserer ganzen Warenausfuhr — an das Ausland ohne Gegenleistung gezahlt werden. Wie kann diese Uebertragung geschehen, ohne daß die Währung gefährdet wird?

Das Ueberangebot von Mark läßt den Wert der Mark auf dem Weltmarkt sinken. Da die Mark ein bestimmter Goldwert ist, wird es nun vorteilhafter in Gold zu zahlen, statt in entwertetem Papier. Bei genügend hohem Wechselkurs wird die Goldausfuhr einsehen. Das Gold kann aber nur aus dem Vorrat der Reichsbank entnommen werden, die dadurch einen Teil der Deckung für die von ihr ausgegebenen Noten verliert. Das Reichsbankgesetz schreibt aber vor, daß mindestens 40 Proz. der Verbindlichkeiten der Reichsbank durch Gold oder durch Devisen, d. h. Geld in fremder Währung, gedeckt sein müssen. Kommt die Deckungsquote an dieses gesetzliche Mindestmaß heran, dann muß die Reichsbank den Zins erhöhen oder ihre Kredite einschränken. Dadurch vermindert sie ihre eigenen Verbindlichkeiten und stellt das erforderliche Deckungsverhältnis wieder her.

Die Krediteinschränkung und Kreditverteuerung hat mehrere, teils entgegengesetzte Wirkungen. Erhöhter Zins verteuert die Produktion, und würde so die Preise nach oben treiben. Andererseits werden die Unternehmer gezwungen, ihre Lager abzubauen, um die darauf ruhenden Kredite zurückzahlen zu können. Dieser teilweiser Ausverkauf drückt die Preise, die deut-

lichen Waren werden billiger und können im Ausland leichter abgesetzt werden. Die Einfuhr fremder Waren nach Deutschland wird aus dem gleichen Grunde gehemmt. Die Zahlungsbilanz wird gewaltsam wieder ins Gleichgewicht gebracht. Die Inflationsneigung wird durch den Deflationsdruck ausgeglichen, die Währung schützt sich selbst, solange Deckungsgefehle bestehen.

Die Währung schützt sich selbst, aber auf Kosten der Wirtschaft. Bisher hat Deutschland den Deflationsdruck noch nicht auf empfindliche Weise zu spüren bekommen. Solange der Strom von Auslandskrediten nach Deutschland ging, konnten die Reparationen aus Schulden gezahlt werden und die Preise konnten gehalten werden. Seit einem Jahr haben die Auslandskredite wesentlich abgenommen, für die öffentliche Wirtschaft sind sie durch das Eingreifen Schachts gegenwärtig ganz gestoppt worden. Der Deflationsdruck beginnt sich jetzt auszuwirken. Hohe Gelbste und die Kreditbeschränkung der Reichsbank haben einen teilweisen Ausverkauf der Warenlager mit veranlaßt, so daß schon für einige Monate die übliche passive Handelsbilanz in ihr Gegenteil verkehrt wurde. Aus der Geldmarktkrise ist aber damit eine Abwärtsbewegung der Konjunktur, eine allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage entstanden.

Kernstück der Sicherungsbestimmungen im Dawesplan und auch noch im Youngplan ist der Uebertragungsschutz, der ein Währungsschutz sein soll. Hier drängt sich die Frage auf, warum man sich auf einen Währungsschutz beschränkt, der im Grunde gar nicht nötig ist, denn die Währung schützt sich selbst, aber sich um die innere Krisengefahr wenig kümmert. Auf der Berliner Tagung der List-Gesellschaft wurde gezeigt, daß der wirkliche Sinn des Uebertragungsschutzes nicht die Aufrechterhaltung der deutschen Währungsparität sein kann, die im Regelfall gar nicht gefährdet werden kann, sondern daß der Uebertragungsschutz vielmehr aus der irrtümlichen Konstruktion des Dawesplans herausgehoben und zu einem Wirtschaftsschutz oder Krisenschutz umgebaut werden muß.

Es ist auf die Dauer unmöglich, die Reparationen aus Schulden zu zahlen, es ist auch unmöglich, sie durch dauernden Deflationsdruck, eigentlich durch eine ständige Deflationskrise, aus der Wirtschaft herauszuholen. Auf lange Sicht ist, wie Kali sagt, die Leistung nur möglich, wenn sich der deutsche Wirtschaftskörper kräftig genug entwickelt, um in das Zwangsgleid der Reparationen hineinzuwachsen. Sollte ein solches Wachstum in absehbarer Zeit nicht eintreten, dann wird der Youngplan irgendeinem E-Mann Klug machen müssen. Es ist aber anzunehmen, daß Deutschland nicht mehr lange unter dem Druck der Reparationen gelähmt sein wird, sondern gerade unter diesem Druck seine Leistungsfähigkeit so weit steigert, daß es, wenn die Leistungen eintreffen, einen erheblichen Vorsprung vor den Gläubigerländern haben wird.

Gg. Heidenreich

Die reichsten Leute in Deutschland.

Die Unternehmer können nicht genug klagen über schlechte Zeiten, und je besser es ihnen geht, desto lauter schreien sie. Man will der Arbeiterschaft Sand in die Augen streuen, damit die nicht merkt, wie in Wirklichkeit die Dinge liegen. Gewiß ist, daß wir heute in einer wirtschaftlichen Krise stecken, aber unter dieser leidet doch nur die breite Masse, die Proletariat, die kleinen Handwerker und der Mittelstand. Die Herren Wirtschaftsführer, wie sie sich in eitler Selbstüberhebung betiteln, merken nichts von der großen Not und Sorge, ihr reichhaltiger Reichtum schützt sie vor dem Verhungern. Und, fast möchte man es als Hohn auf die Armut bezeichnen, ihr Reichtum und damit auch ihre Macht wächst trotz wirtschaftlicher Not ins Unermeßliche.

Da kommt gerade eine zeitgemäße Veröffentlichung in der „Zeit“ von Ferdinand Fried über „Die oberen Tierquartier“ zur richtigen Stunde heraus. Wer sind diese Leute? Die Besitzer von Grund und Boden, Schlotbarone, Finanzgiganten, Grubenkönige und ähnliche halbnackte und dickfleischige unangenehme Zeitgenossen, die aus der Haut des Arbeiters Riemen schneiden. Rund 110 Leute dieser Couleur, so errechnet Fried, gibt es in Deutschland, die zusammen ein Vermögen von 34 Milliarden

Reichsmark besitzen. Jeder davon hat mehr als 10 Millionen, die anderen, die weniger haben, vielleicht „nur“ 8 oder 5 Millionen, sind arme Schlucker, sie werden von den 110 nicht als voll angesehen. Und wie kann man da glauben, daß der Prolet, der ein lauerndes Bett, ein von Motten zerfressenes Sofa, eine alte Kommode und ein paar Hippysachen in seinem lichtlosen Stübchen hat, in den Augen dieser, lazen wir mal, ehrlichen Steuerzahler etwas ist. Wie, wer wagt daran zu zweifeln? Eine solche Vermögensberechnung erfolgt auf Grund der Steuererhebung, und daß jeder sein Vermögen in richtiger Höhe an gibt, dafür bürgt das Steuerformular mit der Mahnung an weniger ehrliche Steuerzahler, „nach bestem Wissen und Gewissen“.

Unläugbar war in allen Unternehmerorganen zu lesen, daß die Millionäre in Deutschland immer feltener werden. Fried sagt: Gewiß, es gibt in Deutschland immer weniger reiche Leute, dafür aber immer reichere. Da ist zunächst der Großgrundbesitz. Fried errechnet 35 Personen mit einem Vermögen von 13 Milliarden Reichsmark. Darunter an der Spitze der nach Dollard über die Grenze gegangene Kaiserin Wilhelmina mit 200 Millionen Reichsmark. Der ehemalige Kronprinz, der „arme Mann“

von Dels, hat nur 30 Millionen. Er kann nicht mal mit den kleinen Herrlichkeiten konkurrieren, die ebenfalls reichmächtig wie er ihr Vermögen erworben haben, so der Fürst von Wieg mit 100 Millionen Reichsmark, der von Thurn und Taxis mit 200 Millionen, der zu Sagenlohe-Dehringen mit 100 Millionen, der Großherzog von Sachsen-Weimar mit 60 Millionen und die Herzöge von Arenberg mit bloß 50 Millionen Reichsmark Vermögen. Das waren noch Fürsten, die für sich — pardon für das Volk gelogt haben. Dabei die herrlichen Reiten, denen wir entgegengegangen sind.

Und dann die Industrie. Hier gibt es 42 Personen oder Familien mit einem Vermögen von 1,2 Milliarden Reichsmark, davon gehören 19 mit einem Vermögen von rund 810 Millionen dem Bergbau, der Kali- und Eisenindustrie an, 11 Personen oder Familien mit einem Vermögen von zusammen 230 Millionen der verarbeitenden Industrie und 12 mit 210 Millionen der chemischen Industrie. An Namen liest man die Familie Krupp mit 200 Millionen Reichsmark Vermögen, Thyssen mit 50 Millionen Reichsmark, Waldbauern mit 30 Millionen, Otto Wolf und Dittmar Staak mit je 50 Millionen und Carl Bosch mit nur 20 Millionen. Da ist auch noch die Familie Krowein, Dietz, Blumenstein, Bayer, Siemens, Borst, Gontard, Opel, Mühlgen usw. Von den 42 Industriemillionären sind 28 selbstbesitzer, gerichtet Vermögen und bei der jetzigen misen Wirtschaftslage noch etwas hinzugefügt, und 14 gelten als neu reich. Wahrscheinlich, es müssen doch verdammt schlechte Zeiten sein, daß man sich nach dem Kriege ein solches Vermögen „erwerben“ konnte.

Und dann das Finanzkapital, die Herren Bankiers, Warenhausbesitzer und die Handelsherren. Die drei Brüder Wertheim mit 30 Millionen Reichsmark Vermögen, Sandorf mit 20 Millionen, Leonhard Tsch mit 20 Millionen, die Familie von Mendelssohn mit 120 Millionen, die Hamburger Bankiersfamilie mit 20 Millionen, Jakob Michael mit 100 Millionen, Fritz Mannheimer mit 50 Millionen und Carl Fürstenberg mit 20 Millionen, Leonhard Tsch mit 20 Millionen, die Familie von Mendelssohn mit 20 Millionen, die Hamburger Bankiersfamilie Warburg mit 20 Millionen, Jakob Michael mit 100 Millionen, Personen ausgerechnet, 25 Personen oder Familien mit zusammen 600 Millionen Reichsmark Vermögen. Davon werden allein etwa 250 Millionen durch 8 Vertreter der Finanzaristokratie gestellt. Das Finanz- und Handelskapital stellen 32 Personen oder Familien mit rund 800 Millionen Reichsmark.

Wenn man so reich ist, braucht man selbstverständlich nicht anders als die Hochmaschine herumhüben und Erbschaft klauen. Dann kann man sich noch ein Ertragsvermögen gönnen, das Geld dazu ist ja da. Und die Leute wissen schon, was man mit der Zeit anfängt. Jeder hat seine Säunen und Sittlichkeiten. In Amerika werden die reichen Leute törmeln, bei uns haben die Weinhändler und Oppenheims ihren Kennzettel — das gehört zum guten Ton, die Sklarefs hatten auch einen — Jacob Goldschmidt seine (schönen Frauen (heute billig zu haben), Kurt Goeben sein seine Orden und Diplome, Fritz Thyssen seine goldene Robenwanne. Ja, und dann liegt man über die Begehrlichkeit der Arbeiter. Die beanspruchen einen höheren Lohn, sie wollen wohl jeden Mittag Fleisch essen, wenn einen solchen Luxus kann sich das arme Deutschland nicht leisten.

Aber im Ernst gesprochen: Diese Beispiele zeigen, wie notwendig es ist, daß die Gesellschaftsordnung an Haupt und Gliedern geändert wird. Es deutet nicht auf einen gesunden, sondern auf einen kranken Zustand der Gesellschaft hin. Eine kleine Kaste, eingebildet, überheblich, brutal und rücksichtslos, regiert in Deutschland, diktiert und bestiehlt, fühlt sich als Beherrscher, als ungekrönter König. Diese Kaste ist es auch, die jede Lohnforderung ablehnt, die Arbeitslosenunterstützung als „Sozialhilfe“ bezeichnet. Allerdings, wer so viel in der Wölle liest, hat Flug reden. Diese Tatsachen müssen jedem Arbeiter die Augen öffnen. Gegen eine solche Gewalt ist der einzelne gar nichts, nicht mehr als eine Nadel auf dem Schwadronier, die man nach Belieben hin und her schießt. Wenn man sich diesen durch nichts gerechtfertigten Einfluß der Gewalt auf das gesamte Wirtschaftsleben vergegenwärtigt, dann wird es einem erst mit voller Deutlichkeit klar, wie notwendig die von den Gewerkschaften geforderte Wirtschaftsdemokratie ist. Es heißt, diesen Einfluß, der sich geradezu verhängnisvoll auswirkt, zu brechen. Auch die Arbeiterklasse muß teilhaben an der Wirtschaftsgestaltung. Wir wissen, daß das Kapital niemals freiwillig seine Macht aufgibt, daher muß die Arbeiterklasse kämpfen, um ihren Einfluß zu vergrößern. Aber nicht einzeln, sondern nur geschlossen wird sie vorwärtskommen.

Frankreichs Arbeiter.

Kürzlich wurden in Frankreich die Ziffern der alle fünf Jahre stattfindenden französischen Volkszählung des Jahres 1921 bekannt. William Duall, Professor an der Pariser Rechts-fakultät, beauftragte in der „Revue internationale de Travail“ eine Studie über die Ergebnisse dieser Volkszählung. Daraus ergibt sich, daß heutzutage allein in Paris und Umgebung bereits wieder 14 015 deutsche Arbeiter beschäftigt sind (91 682 Italiener, 52 303 Belgier, 43 297 Russen, 34 000 Polen, 32 000 Spanier, 35 000 Schweizer, 12 000 Armentier, 9 000 Tschechen, 8 000 Luxemburger). Rechnet man die 500 Deutschen hinzu, die schon seit über einem Jahr in südfranzösischen Castellane an zwei großen Zehnpetern arbeiten (und die nach 2 Jahre in Frankreich bleiben werden), zählt man ferner die 13 000 deutschen Bergarbeiter und die 3150 Metallarbeiter in Lothringen mit, so dürfte man auf etwa 30 000 deutsche Arbeiter in heutigen Frankreich kommen. Diese Zahl wiegt aber jederleicht gegen-über sonstigen Einwanderungsziffern.

1921 zählte Frankreich 38 797 540 Einwohner, und zwar 57 255 516 Franzosen, von denen 20 809 960, also 36,3 Proz. be-rühmt tätig sind, und 1 532 024 Ausländer, von denen 910 914 (59,4 Proz.) aktiv arbeiten. Allein in den letzten 8 Jahren hat Frankreichs Bevölkerung um ungefähr 1 Million Arbeiter zugenommen, so daß es jetzt im ganzen 25 Millionen Ausländer zählt. Ungefähr jeder 15. Mensch in Frankreich ist Ausländer, wobei die Schwären der Durchreisenden natürlich nicht einmal mitgezählt sind. Diese Ziffern erwecken sich noch dadurch, daß über 100 000 Ausländer zur Zeit verhaftet werden, die außer-halb Frankreichs geboren wurden. 1911, bei der vorangegan-genen Volkszählung, war es unter den ausländischen Arbeitern 16 Proz., die in Frankreich selbst geboren waren. Heute in dem nun 3 Departements prosperen Frankreich, sind es 277 000 Fran-zosen, d. h. 18 Proz. Dabei muß man natürlich berücksichtigen, daß 1911 nur 87 Departements gezählt wurden, während sich die Volkszählung von 1921 auch auf Elsas und Lothringen er-streckte, d. h. auf die neuen französischen Departements Ober-sachsen, Niederrhein und Mosel.

Zusammen mit den Amerikanern, den Holländern, den Engländern und den Engländern gehören die Deutschen zu denen, deren Bevölkerungsanteil in Frankreich am wenigsten ist. 0,4 Proz. der französischen Bevölkerung arbeitet. Von den eben genannten Völkern in Frankreich arbeiten jedoch nur 61 und 72 Proz. Am tätigsten sind die Belgier. Von 1 579 940 Belgiern arbeiten 1 504 551, von 2 019 314 Italienern 2 072 222, von 5 624 Schweizern 4 501. Das macht etwa 80 Proz. Es folgen dann die Spanier aus Luxemburger. Aber auch die Länder, die nicht unmittelbar Frankreich benachbart sind, stellen eine Anwesenheit von Arbeitern. Von den Portugiesen arbeiten 97 Proz., von den Portugiesen 94 Proz., von den Arabern 84 Proz., von den Tschechen 82,6 und von den Polen 81 Proz. Auch die Russen sind jetzt bedeutend mehr zur Arbeit gekommen als vor dem Kriege.

Es arbeiten 35 monatliche Arbeiter auf 10 000 Franzosen in der Landwirtschaft und nur 143 ausländische Arbeiterinnen. In der Industrie arbeiten 1937 Ausländer und 574 Ausländer-

Lohnsteuererstattung für 1929.

Steuerpflichtige Arbeitnehmer, die nicht heranlagt werden und Lohnsteuer zahlen müssen, können am Jahresabschluss einen Teil der Lohnsteuer zurückverlangen, wenn die steuerfreien Beiträge infolge Verdienstausfalles beim Steuerabzug nicht in voller Höhe berücksichtigt worden sind, oder besondere wirtschaftliche Verhältnisse vorgelegen haben, durch welche die steuerliche Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigt worden ist. Der zu erstattende Betrag muß mindestens 4 RM betragen. Darunter liegende Beträge werden nicht erstattet.

Aus welchen Gründen der Verdienstausfall erfolgt ist, ist unerheblich. In Frage kommen z. B. Krankheit, Streik, Aus-sperrung, Saisonarbeit, Arbeitslosigkeit, Beginn oder Aufgabe einer Erwerbstätigkeit im Laufe des Jahres, Verbüßung einer Freiheitsstrafe. Eine Erstattung erfolgt nur für volle Wochen des Verdienstausfalles. Bei mehrmaligem Verdienstausfall werden sechs volle Wochentage zu je 8 Stunden einer vollen Woche gleichgestellt.

Als besondere wirtschaftliche Verhältnisse, die die Leistungs-fähigkeit des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigen, gelten insbesondere: außergewöhnliche Belastungen, die durch Unter-halt oder Erziehung (Berufsausbildung) der Kinder entstehen, ferner durch geschlebe oder sittliche Verpflichtung zum Unter-halt mittelloser Angehöriger, durch Krankheit, Körperverletzung, Verschuldung, Unglücksfälle usw. Kinderreichtum ist an sich kein Erhöhungsgrund, da für jedes Kind eine besondere Ermäßigung bereits gewährt wird.

Die Erstattungen erfolgen in Pauschalbeträgen. Sie be-tragen für jede Woche des Verdienstausfalles bei einem Steuer-pflichtigen

ohne Kinder	mit Ehefrau	ohne Ehefrau
	2.- RM	1,80 RM
mit 1 Kind		2,20 RM
mit 2 Kindern		2,60 RM
mit 3 Kindern		3,55 RM
mit 4 Kindern		5.- RM
mit 5 Kindern		6,95 RM

Die im Einkommensteuergesetz vorgesehenen Freibeträge sind aus folgender Tabelle ersichtlich:

Anzahl der Kinder	Jahresfreibeträge bei Arbeitnehmer	
	mit Ehefrau	ohne Ehefrau
Keine Kinder	1320 RM	1200 RM
1 Kind	1440 RM	1320 RM
2 Kinder	1680 RM	1560 RM
3 Kinder	2160 RM	2040 RM
4 Kinder	2880 RM	2760 RM
5 Kinder	3840 RM	3720 RM

Erstattungsanträge müssen bis zum 31. März eingereicht werden. Der Antrag ist bei dem Finanzamt einzureichen, in dessen Bezirk der Antragsteller am 10. Oktober 1929 seinen Wohnsitz gehabt hat. Dem Antrage sind die Steuerkarte 1929 und sämtliche zu seiner Begründung notwendigen Unterlagen beizufügen. Der Nachweis des Verdienstausfalles oder das Vor-liegen besonderer Verhältnisse kann durch die Erwerbsteuer-kontrollkarte, eine Bescheinigung des Fürsorgeamtes, des Arbeit-gebers oder eines Berufsverbandes über die Dauer der Erwerbslosigkeit, der Krankenkasse über die Dauer der Krankheit, durch Arzt- und Arzneirechnungen und dgl. geführt werden. Für Anträge, die sich auf Verdienstausfall stützen, stellt das Finanz-amt besondere Vorbrücke zur Verfügung.

Gegen Entscheidungen der Finanzämter über Erstattungs-anträge ist Einspruch beim Finanzamt zulässig. Die Rechts-mittelfrist beträgt einen Monat.

rinnen, im Handel 839 und 631, immer auf 10 000 Franzosen umgerechnet. In den freien Berufen dagegen arbeiten mehr Frauen (390 Frauen und 164 Männer). Auch das Hauspersonal ist vor allem weiblich.

Man studiert jetzt in Frankreich besonders den Berufswert der Ausländer in den verschiedenen Industrien. So hat man festgestellt, daß von den 363 000 Bergwerksarbeitern 171 000, d. h. 47 Proz. Ausländer sind und daß die Deutschen die Belgier und mit einer kleinen Minderde die Polen für die Arbeit in den Kohlengruben am geeignetsten seien, „da sie starke, metho-dische und disziplinierte Menschen sind“. Nach ihnen kommen die Tschechen, die Italiener, die Marokkaner, Spanier, Griechen und Araber. In der Metallindustrie ist der Prozentsatz der Ausländer nicht ganz so groß. Von 1 Million Metallarbeitern sind ungefähr 265 000 Ausländer. In der Bau- und Hut-industrie führen vor allem die Italiener, die Belgier in der Textilindustrie, Armenier und Griechen in der Seidenindustrie, die Franzosen ziehen sich immer mehr auf die Berufs-zweige zurück, bei denen keine zu harte Arbeit verlangt wird.

Bedenkt man, daß zum Beispiel allein in der Metall-industrie Arbeiter aus 30 Nationen tätig sind und manchmal allein in einer Fabrik Menschen aus 20 verschiedenen Ländern, so versteht man sofort, daß es die französischen Gewerkschaften immer mehr als ihre Aufgabe erachten, auch die ausländischen Arbeiter, die auf französischem Boden sind, zu einer aktiven Gewerkschaftsarbeit heranzuziehen.

Entwicklung der Sozialversicherung 1928 und 1929.

Nach der letzten erschienenen, im Reichsberichter-rungsausschuss bearbeiteten Statistik der Sozialversicherung 1928 mit einem Blick auf das Jahr 1929 (Beilage zu Nr. 13 der Amtlichen Nachrichten für Reichsversicherung 1929, Teil IV des Reichsberichtsblattes) haben die Beitragseinnahmen der Träger der Sozialversicherung, mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung, im Jahre 1928 3,9 Milliarden Reichsmark betragen. Nimmt man die Vermögenserträge und sonstigen Ein-nahmen (einschließlich der Aufwertungsbeiträge für das alte Ver-mögen) hinzu, so ergibt sich für die Sozialversicherung (ohne Ar-beitslosenversicherung) eine Einnahme von zusammen rund 4,2 Milliarden Reichsmark. Die Gesamtausgaben stellten sich auf beinahe 3,4 Milliarden Reichsmark, wovon 3,1 Milliarden Reichsmark auf die Ausgaben für Pflicht- und freiwillige Leistungen entfielen, was 92 v. H. aller Ausgaben entspricht. Für Verwaltungskosten wurden insgesamt 6,3 v. H. der Beiträge ver-brandt. Die Einnahmen übersteigen die Ausgaben um mehr als 772 Millionen Reichsmark, so daß das Gesamtvermögen im Laufe des Jahres 1928 von 2,6 Milliarden Reichsmark auf rund 3,4 Milliarden Reichsmark anwachsen konnte.

Die Überschüsse der Einnahmen sind verhältnismäßig niedrig; sie erreichen nicht die Höhe, die im Interesse einer ge-sicherten Weiterentwicklung, namentlich bei der Rentenversiche-rung, eigentlich notwendig wäre. Die Summe der reinen Über-schüsse aller Versicherungsarten beträgt mit 772 Millionen Reichsmark nur knapp ein Viertel einer einzigen Jahresleistung.

In der Krankenversicherung wurden insgesamt 1,95 Milliar-den Reichsmark vereinnahmt und 1,87 Milliarden Reichsmark (davon 1,73 Milliarden Reichsmark für Pflicht- und freiwillige Leistungen) verausgabt. In der Unfallversicherung stellen sich die Einnahmen auf 336 Millionen Reichsmark und die Ausgaben auf 377 Millionen Reichsmark. Die Invalidenversicherung ver-einnahmte 2,25 Milliarden Reichsmark (davon 1,08 Milliarden Reichsmark aus Beiträgen) und verausgabte 806 Millionen Reichsmark (davon 750 für Pflicht- und freiwillige Leistungen).

Die Beiträge zur Altersversicherung der Arbeiter über-stiegen die Ausgaben mit 196 Millionen Reichsmark die Aus-gaben mit 192 Millionen Reichsmark nur um ein geringes, wäh-rend die Beiträge zur Invalidenversicherung der Angestellten mit 4,4 Millionen Reichsmark Einnahmen und 35,2 Mil-lionen Reichsmark Ausgaben der schon erwähnte Fehlbetrag ein-trat. In der Arbeitslosenversicherung beliefen sich die Einnahmen auf 389 Millionen Reichsmark und die Ausgaben auf 121 Mil-lionen Reichsmark. In der Arbeitslosenversicherung einschließ-lich der Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Ar-beitslosigkeit sowie derjenigen der Krisenunterstützung wurden rund 1,1 Milliarde Reichsmark aufgewendet. Ein Vergleich der einzelnen Zweige hinsichtlich ihrer Ausgaben und Einnahmen kann wegen des verschied-nartigen Aufbaues nicht vorgenommen werden.

Für das eben abgelaufene Jahr 1929 können nur geschätzte Ausgaben und auch solche nur teilweise geliefert werden. So ist das finanzielle Ergebnis der Krankenversicherung noch ungewiß. Es wird sich in ihr aber der infolge der großen Kasse außer-ordentlich hohe Krankenstand des ersten Vierteljahres 1929 aus-wirken. In der Unfallversicherung können die Einnahmen aus-gaben auf etwa 400 Millionen Reichsmark geschätzt werden. In der Invalidenversicherung dürften sich die Einnahmen auf 1,22 Milliarden Reichsmark erhöhen und die Ausgaben auf 906 Millionen Reichsmark anheben. In der Arbeitslosenver-sicherung werden die Gesamteinnahmen auf 430 Millionen Reichsmark und die Gesamtausgaben auf 186,5 Millionen Reichs-mark sich belaufen.

Es kommt in diesen Zahlen sowohl für das Jahr 1928 als auch für das Jahr 1929 indessen nicht zum Ausdruck, daß auch das Reich eine Reihe von Aufwendungen für die soziale Ver-sicherung zu tragen hat.

Der Gesamtwert der Sozialversicherungsleistung läßt sich nicht in Ziffern umsetzen. Ihr nicht in Zahlen zu berechnender Wert für das Volksganze liegt in der Stärkung und Erhaltung der Arbeitskraft und damit auch zum Nutzen der Wirtschaft.

Im Dienste für die Arbeiterbewegung.

Was es heißt, Funktionär zu sein für die Organisationen und für den Aufstieg der Arbeiterklasse zu wirken, schildert nach-folgend ein Kollege nach seinen eigenen Erlebnissen. Er spricht im Namen vieler tätiger Kollegen und Kolleginnen. Die Aus-führungen werden der gesamten Kollegenschaft und vor allem den Unorganisierten, zur Beachtung empfohlen. Der Kollege schreibt:

Der Artikel in Nr. 147 des „Keramischen Bundes“ „Das Vieh vom braven Betriebsrat“, veranlaßt mich, diesen noch in etwas zu ergänzen, in dem ich von mir selbst allgemein als Funktionär, ebenfalls für viele tausende gleicher Kollegen spreche. Ich bin in einem rein landlichen Ort seit elf Jahren Vor-sitzender der Jahressitzung unseres Verbandes, dies nach dem Kriege über neun Jahre ohne Unterbrechung, gleichzeitig führe ich die Pflanz-gehefte. Während der Inflationzeit war ich Betriebsrat in einem Betrieb, dessen Arbeitgeber einer der arbeiterfeindlichsten war, den es geben kann. 1928 wurde ich mit der ganzen Beleg-schaft ausgesperrt. Vier Wochen ohne Arbeit, mußte ich auswärts Arbeit annehmen. Daß das für einen Familienvater nicht angenehm ist, brauche ich wohl nicht zu betonen. Seitdem habe ich wegen meiner Tätigkeit als Funktionär bis heute noch kein wirklich dauerndes Unterkommen ge-funden. Auch im verflochtenen Jahr bin ich bis Mitte Juli infolge Maßregelung arbeitslos gewesen, obwohl im Ort Arbeit genug vorhanden war. Sehen wir von der Krisenzeit ab, wo ich eventuell sowieso arbeitslos geworden wäre, wie während der Winter 1928/29 und 1928/29, so habe ich, rein infolge meiner Tätigkeit im Interesse der Arbeiterbewegung, einen Lohnaus-fall für acht Monate gleich 800 bis 900 RM für die Zeit von 1928 bis jetzt. Außerdem bin ich seit Jahren Vorsitzender vom Gewerkschaftskartell und vom Arbeiterparteiverein, sowie noch zweimal Kassierer und Krankenkassenausschmittglied. Als freier Gewerkschaftler bin ich natürlich auch Mitglied der SPD, dazu noch Mitglied in der Gemeindevertretung. Damit ist wohl das Maß voll. Alle diese Funktionen bringen natürlich auch Zeit- und Geldopfer mit sich, nicht gerade nebenher. Von den oft gerechtfertigten Vorwürfen der Frau. Von all den Sonn- und Festtagen im Jahr bin ich höchstens zehn dieser Tage für die Familie frei, auch am Abend in der Woche bin ich durchschnittlich zweimal außer dem Hause.

Durch diese meine Tätigkeit bin ich natürlich gezwungen, viel an Versammlungen, Konferenzen und dergleichen teilzu-nehmen, welche fast ausschließlich im Gasthof abgehalten werden müssen, und ohne Alkoholikler zu sein, immerhin Geld-loste. Dazu kommen eventuelle Verluste bei den Kassierungen, der Mehrverbrauch an Kleidung, am Fahrrad usw. Wenn ich dies alles rechne, so hat sich die vorgenannte Summe seit meiner Tätigkeit als Funktionär von 1920 gewiß verdoppelt.

Was haben demgegenüber alle die Kollegen gesparrt, die wohl ab und zu mal eine Versammlung besuchen und dann tüchtig schimpfen? Was hat die Familie von solch einem Fam-ilienvater? Wo bleibt der Haushalt? Und trotzdem werden alle diese Opfer gern getragen, eines teils aus Idealismus und anderenteils, weil man einen oft recht kleinen, aber guten Stamm Kollegen hinter sich fühlt, die das alles anerkennen. Aber Bitterkeit empfindet man doch, wenn gerade solche Kollegen und Genossen, die wenig oder gar nicht teilnehmen an der Bewegung für unsere Klasse, sich nicht genug tun können im Schimpfen und im Dredwerkeln. Was ist aber oftmals die Folge dieser Ueber-leistung einzelner solcher tätigen Funktionäre? Sie ermüden, brechen zusammen, und die Folgen sind dann gewiß nicht im Interesse unserer Bewegung; sie werden dann aber auch zu spät erkannt.

Es muß jeder Arbeiter und jede Arbeiterin tatkräftig mitwirken. Es ist eine faule Ausrede, wenn gesagt wird, ich bin zu bumm oder ich bin dazu nicht fähig. Jeder ist fähig, wenn er den guten Willen dazu hat. Darum muß es heißen: Sei bei zur aktiven Mitarbeit! Dann wird auch viel mehr zu erreichen sein, als wenn nur einzelne mit Funktionen überlastet sind. Und nun noch einige Worte an die, welche gern schimpfen und denen sonst nichts recht gemacht werden kann, vor allem an die, welche noch absteils stehen: Geht ihr den Mund auf zum Schimpfen, versteht euch in die Lage derer, die ihr beschimpfen wollt und die für euch all die Opfe-bringen, über-legt es euch erst und dann spricht. Dann wird es Kritik sein, die sich zum Wohle unserer Bewegung auswirken wird. Daß gilt nicht nur für die Gewerkschaftsbewegung, sondern für alles, was unsere Klasse betrifft. Ich glaube, für viele Tausende ge-sprochen zu haben.



Grauer Star als Berufskrankheit.

Ihr laßt den Armen schuldig werden, Dann überlaßt ihr ihn der Pein!

Immer mehr mehren sich die Fälle, daß unsere am grauen Star erkrankten Kollegen vor den Oberversicherungsämtern, später vor dem Reichsversicherungsamt abgewiesen werden, weil nicht grauer Star bei Glasmachern, sondern Altersstar vorliegen soll. Sobald ärztliche Gutachten vorliegen, daß Altersstar vorliegt, wird, und das geschieht fast in allen den Fällen, in denen unsere Kollegen das 60. Lebensjahr überschritten haben, wird gesagt, es ist Altersstar, und unsere Kollegen werden dann vom Oberversicherungsamt, und wenn wir dagegen Rekurs einlegen, auch später vom Reichsversicherungsamt abgewiesen.

Die Glasberufsgenossenschaft hat in Herrn Professor Dr. Hertel einen Arzt gefunden, der sich immer von dem Gedanken leiten läßt, daß, wenn das 60. Jahr überschritten ist, Altersstar vorliegt. Herr Prof. Hertel in Leipzig hat jetzt für unsere Kollegen Glasmacher Berthold Wischmann in Schwepnitz das folgende Gutachten ausgestellt:

Abkürzung. Leipzig, den 2. Juli 1929.
Heilanstalt für Augenkrante in Leipzig
Stiftung bei der Universität.

An dem Gutachten des Augenarztes Prof. Dr. Best, Dresden, in Sachen des Glasmachers Berthold Wischmann, 63 Jahre alt, haben wir zu bemerken:

1. W. ist heute 63 Jahre alt. Nach eigener Angabe hat er die ersten Sehstörungen vor 2 bis 3 Jahren bemerkt, also im Alter von 60 Jahren. Das ist für die senile Kataraktform, an der W. leidet, nicht früher, sondern sogar recht spät Beginn. Theoretische Erörterungen über das frühere Auftreten senilen Stars bei Glasmachern erübrigen sich somit.

2. Daß die Trübung nicht für Glasmacherstar typisch ist, gibt auch Prof. Dr. Best in seinem Gutachten an.

3. Jede Starform kann am linken Auge zuerst beginnen; damit ist also im Einzelfalle nichts zu beweisen.

4. Jahrelange Arbeit vor dem Glasfenster trifft für alle Glasmacher zu. Das ist die Voraussetzung für das Entstehen von Glasmacherstar, beweist doch aber nicht, daß eine vorliegende Linsentrübung ein Glasmacherstar ist. Es ist doch wohl unbestritten, daß alle Glasmacher ebenso wie alle Arbeiter anderer Industrien an einfachem, senilen Star erkranken können.

Bei W. liegt ein typischer, seniler Bindehautstar vor, der im Alter von 65 Jahren für diese Starform eher spät als früh begonnen hat. Für Glasmacherstar spricht nichts als die Tatsache, daß W. Glasmacher ist. Das genügt aber nicht, um wahrscheinlich zu machen, daß ein typischer seniler Star, wie er bei Patienten jedes anderen Berufes ebenfalls vorkommt, ein Glasmacherstar ist.

Unterschriften.

An die Glasberufsgenossenschaft in Berlin.

Auf Grund dieses Gutachtens ist der Kollege Wischmann vor dem Reichsversicherungsamt abgewiesen worden. Wir aber dürfen mit vollem Recht fragen, wie kommt Herr Prof. Dr. Hertel dazu, in seinem Gutachten zu sagen, daß ein solcher Star nun auch bei Arbeitern anderer Berufe jederzeit auftreten kann? Bei unserem Kollegen Wischmann liegt die Tatsache vor, daß er 60 Jahre hindurch mit der linken Seite seines Körpers, also auch mit dem linken Auge, sich dem Feuer näherte. Wischmann hat also auf Grund dieser Tatsache den Grauen Star auf dem linken Auge erhalten. Herr Professor Dr. Hertel hat kein Recht, einem 63jährigen Glasmacher zu sagen, daß diese Starbildung auch bei anderen Arbeitern eintreten kann, wenn sie dieses Alter erreichen. Gewiß, es kann vorkommen, dann doch aber nicht allein auf dem linken, sondern auch auf dem rechten Auge. Die Tatsache aber, daß unser Kollege Wischmann, wie bei Glasmachern typisch, auf dem linken Auge erkrankt ist, also auf dem Auge, das 50 Jahre lang in erster Linie dem Feuer ausgesetzt war, beweist, daß Glasmacherstar und nicht Altersstar vorliegt. Unser Gegenbeweis vor dem Reichsversicherungsamt nützt uns nichts. Das Reichsversicherungsamt entscheidet nach dem Gutachten des Herrn Professors Dr. Hertel. Wir aber sind der Auffassung, daß mit der zu erwartenden Abweisung der Klage ein Unrecht an unserem Kollegen Berthold Wischmann begangen wird.

Ein zweiter Fall: Vor uns liegt das Gutachten der Augenklinik Dr. Agricola, das die Glasberufsgenossenschaft durch den genannten Augenarzt in Hannover eingezogen hat. Das Gutachten hat folgenden Wortlaut:

Augenärztliches Gutachten

den Glasbläser Karl Klöpffer aus Stadthagen betr. auf Grund der Untersuchung vom 14. November 1929.

Zur Vorgeschichte: Klöpffer arbeitete vom 23. April 1886 bis 12. August 1929 als Glasmacher bei der Obenbürgischen Glasbläse in Stadthagen.

1. Sehstärke: Angeblich erst vor einigen Monaten bemerkt. Am 22. August 1929 erste Beratung durch Augenarzt Dr. Glene in Minden. Seitdem steht Kl. in Behandlung bei Dr. Glene. Patient arbeitet nicht seit 12. August 1929.

Direktiver Befund.

Linkes Auge: Bindehaut, Hornhaut, Vorderkammer ohne Besonderheiten. Pupille doppelt so weit wie die des rechten Auges, weder bei Naheinstellung des Auges noch bei Lichteinfall in das rechte oder das linke Auge sich verengernd. Augenfundus wegen Trübung der Linse nicht mehr zu erkennen.

Augenlinse: Strahlige Trübung der unter der vorderen Kapsel gelegenen Schichten der Linse, Kerntrübung mäßigen Grades, hintere Schalentrübung im ganzen Umfang der Hinterfläche, keine typische hintere Poltrübung, keine Ablösung der Glaslamelle.

Schärfe = $\frac{1}{2}$ des Norm. Gläser bessern nicht. Rechte Auge: Bindehaut, Hornhaut, Vorderkammer, Regenbogenhaut, Pupillenspiel, Glaskörper, Augenfundus ohne Besonderheiten.

Augenlinse ohne Trübung. Auch keinerlei hintere Poltrübung oder Ablösung der Glaslamelle.

Gutachten.

Das rechte Auge ist in jeder Hinsicht normal und ohne irgendwelche Anzeichen von Glasmacherstar. Auf dem linken Auge besteht eine völlige Pupillenkatarakte, die aber mit der Berufstätigkeit des Kl. als Glasbläser in keinerlei Zusammenhang steht. Die Linse weist zwar ausgebreitete Trübungen auf. Da aber alle Anzeichen für Glasmacherstar, wie Ablösung der vorderen Glaslamelle und hintere Poltrübungen fehlen, sind diese Trübungen als Altersstartrübungen anzusehen.

Die Vermutung des Herrn Dr. Glene in seinem Gutachten vom 23. Oktober 1929, die vorderen Linsentrübungen könnten sich zu einer Ablösung der Glaslamelle noch ausbilden, wird aller Voraussicht nach sich nicht bestätigen. Denn jene Trübungen liegen unter der vorderen Linsenkapsel und sind demnach etwas grundförmig anders als die Veränderungen, die zu einer Ablösung der Glaslamelle führen.

Erwerbsbeschränkung: Da ein Glasmacherstar nicht vorliegt, erübrigt sich die Abschätzung der durch den Altersstar des linken Auges hervorgerufenen Erwerbsbeschränkung.

Dr. Agricola sagt in seinem Gutachten, das rechte Auge ist in jeder Hinsicht normal, kommt aber zu dem Schluss, daß Glasmacherstar auch auf dem linken Auge nicht vorliegt und er eine Erwerbsbeschränkung nicht feststellt, da es sich um Altersstar handelt. Auch diese Auffassung ist nach unserer Anschauung unhaltbar. Unser Kollege Klöpffer hat nahezu 44 Jahre als Glasmacher gearbeitet. Das linke Auge erkrankte am grauen Star und nun soll wieder Altersstar vorliegen. Wir fragen Herrn Dr. Agricola: Warum wurde das rechte Auge nicht vom Star erfaßt? Die Antwort ist sehr einfach. Kollege Klöpffer arbeitete 44 Jahre als Glasmacher, hat in diesen 44 Jahren hauptsächlich das linke Auge dem Feuer zugewandt, ist dadurch erkrankt, und nun muß man annehmen, daß die Arbeit des Glasmachers die Starerkrankung hervorgerufen hat. Wir werden durch einen anderen Arzt diesen Beweis zu erbringen versuchen.

Unsere Kollegen, die das 50. Lebensjahr überschritten haben, müssen leiter damit rechnen, daß, wenn sie am grauen Star erkranken, sich Nerzte finden, die Gutachten erstatten, die dahin gehen, daß Altersstar vorliegt. Wir aber werden nicht ruhen zu beweisen, daß, wenn grauer Star auf dem linken Auge vorliegt, Glasmacherstar vorhanden ist. Es ist nun einmal eine Tatsache, daß Glasmacherstar, daß der Glasmacher sich mit dem linken Auge in erster Linie dem Feuer nähert, das linke Auge am meisten angegriffen wird, das rechte Auge dem Feuer weniger ausgesetzt ist, und daher der graue Star auf dem linken Auge der typische Glasmacherstar ist.

Werkmeister-Schicksal.

Vor der Angelegenheit der Arbeiterkammer des Arbeitsgerichts Weiden steht der Beklagte W. seiner klägerischen Firma Vereinigte Bayerische Spiegel- und Tafelglaswerke, vormals Schrenk & Co., A.-G., Neustadt, W.-A., gegenüber. Schlichter und sorgenbeladen nimmt W. als achtzigjähriger schwerkranker Mann auf einem Stuhl Platz, der ihm von seinem Vertreter, dem Gewerkschaftssekretär Hof. Wagner, Verbänd der Fabrikarbeiter Deutschlands, angewiesen wird. Die Führung des Prozesses für die Gegenpartei liegt in den Händen des Herrn Dr. Klippel, dem Direktor Oskar Bauer, Neustadt, sekundiert.

Die Verhandlung, verstrickt in alle möglichen Schlingen, Gesetzesparagrafen und Reagenausfragen, währte volle acht Stunden. W. hat sein beschiedenes Leben als Familienvater und Poliermeister auf einem Spiegelglaswerk vorwurzelt geführt. Seit dem Jahre 1900 stand er im Dienste der Klägerin. Da, am 28. Dezember 1928, erkrankte ihm die Hohlhand: „Entlassung aus dem Dienst“ zum 30. Juni 1929. Als Grund wurde angegeben, daß die betreffende Firma ihren Spiegelglasbetrieb aufgeben werde. Tatsächlich ist auch die Betriebsstilllegung genehmigt worden, mithin lag nach Meinung des W. keine Abzweiflung vor, gegen diese Kündigung gemäß § 13 des Gesetzes über die Beschäftigung schwerbeschädigter Einsprüche zu erheben. Im Monat Mai wurde diese Kündigung bis 30. September 1929 verlängert, um die vorhandenen Schlagschäden noch ausarbeiten zu können. Mittlerweile brachte W. in Erfahrung, daß sein Werk, auf dem er als Werkmeister tätig war, von der Stilllegung nicht mit erfaßt werde, vielmehr wird nach Ablauf seiner Kündigungszeit ein bereits angeworbener Poliermeister an seine Stelle treten. Begreiflicherweise erhob nun W. unter Verennung auf die Entlassungsbestimmung gegen seine Kündigung Einspruch. Unbeschadet dessen fiel es der Klägerin auch jetzt noch nicht ein, die Zustimmung der Hauptfürsorge einzubolen. Der Einspruch halber suchte sie nach einem wichtigen Grund zur fristlosen Entlassung.

Hier stand ihr ein guter Bundesgenosse, die wirtschaftliche Notlage des W. leicht zur Seite. Der Klägerin war bekannt, daß W., der das Werk auf eigene Rechnung führte und am Stücklohn partizipierte, schon seit Jahren mit Verlust arbeitete, und die Kosten für die Arbeitsmaterialien usw. kaum mehr er-

schwingen konnte. Eine Erscheinung, unter der gegenwärtig alle Poliermeister arg zu kämpfen haben. Dem W. wurden die vorbringlichsten Mittel zur Verringerung der Arbeitslöhne, Materialkosten und Sozialversicherungsbeiträge mit dem Hinweis zurückgehalten, daß er kein Konto bereits überzogen habe. Infolge dieser Zwangslage kam der Beklagte mit der Entrichtung der Invalidenbeiträge in Höhe von 400 M in Verzug. Nachdem diese Verbindlichkeit dem Beklagten oblag, griff die Gegenpartei diese Unterlassung als wichtigen Grund nach § 123b der G.D. auf und änderte ihn durch fristlose Entlassung. Vergeblich waren die Hinweise des W. auf seine wirtschaftliche Notlage. Die Klägerin ging erbarmslos nun gegen ihn vor, obwohl W. sofort die Invalidenmarken durch ein Darlehen seiner Mutter in Ordnung brachte.

Zunächst versuchte die Klägerin, ein Räumungsurteil zu erwirken. Wegen der strittigen Frage, ob ein genehmigt begründeter Anlaß zur Auflösung des Dienstverhältnisses vorlag, wurde der Rechtsstreit mittels Feststellungsfrage durch die Beklagte dem Arbeitsgericht übertragen. Gleichzeitig ermittelte sie zur Sicherung ihrer angeblichen Forderung einen bringlichen Arrest über das bewegliche und unbewegliche Vermögen des Beklagten.

Der Beklagte W. sah nun gegen die beiden Rechtszüge Einspruch und beantragte Widerspruch mit der Forderung auf Bezahlung, der durch die Werkübernahme erforderlichen Verhältnisse in Höhe von 5774,77 M. desgleichen beantragte er, die Feststellungsfrage kostenpflichtig abzuweisen.

In der sachlich korrekt geführten, langwierigen Verhandlung hatte das Gericht keine leichte Aufgabe. Direktor Bauer warf dem Beklagten und Widersäker W. vor, daß er über seine Vermögensverhältnisse nicht berichtet habe, weil er seinen Sohn aus dem Hause schickte und die Frau ein Dienstmädchen sich halte usw. Diese Art einer widerlichen Schlüsselochquälerie in die Familienverhältnisse eines Angeklagten konnten keine für ihn gültige Wirkung auf das Gericht ausüben. Offenbar gönnte er, daß diese Behauptungen nur für die Ehre seines Standes vom Staate unterhalten werden, und daß es deshalb nicht angängig sei, wenn sich auch ein gewöhnlich Sterblicher für derartige Unterrichtsfehler interessiert.

Von den Zeugen mußte er sich jedoch sagen lassen, daß der Beklagte keineswegs über seine Verhältnisse gelehrt und auch

sonst das Arbeitermilieu nicht überschritten habe. Wenn die Frau sich ein Dienstmädchen hielt, so deshalb, weil sie für eine Reihe von Arbeitern die Küche führte, und auch eine elf Tagewert große Grundfläche zu bearbeiten hatte.

Zu Schlußwort versuchte die Klägerin und Widersäkerin dahin ihr Vorgehen zu rechtfertigen, daß der Beklagte mit der Entrichtung der Invalidenbeiträge schon zweimal in Verzug kam, weshalb die fristlose Entlassung begründet ist. Er wäre verpflichtet gewesen, ohne Rücksicht auf sich selbst diese Pflicht zu erfüllen, weil die klägerische Firma als Auftraggeberin sich selbst eventuell strafbar gemacht hätte. Die Unterlassung der gebotenen Sorgfalt war als wichtiger Grund zur fristlosen Entlassung anzusehen. Im übrigen habe der Beklagte über ein sehr reichliches Einkommen verfügt, seine wirtschaftliche Notlage war selbst verschuldet.

Das Präsidium des Vertreters des Beklagten und Widersäkers behandelte ausführlich die Frage der Schuld und Verantwortung. Nach seiner Meinung konnte für die strittige Unterlassung nur die klägerische Firma als schuldig angesehen werden, indem sie im bewußten und gewollten Zusammenwirken diese Erscheinung heraufbeschworen hat, um einen Scheingrund als Stütze zur widerrechtlichen ordentlichen Entlassung zu gewinnen. Ohne das Verhalten des Beklagten zu beschönigen, muß seine wirtschaftliche Notlage als Hauptmotiv dieser Unterlassung gelten. Hier treffe buchstäblich das Sprichwort zu:

Das Gesetz ist ein Netz mit Maschen, engen und weiten; durch die weiten schlüpfen die Gescheiten, und in den engen bleiben die Dummen hängen.

Man stelle sich nämlich vor: Die klägerische Firma beschäftigte den Beklagten schon seit nahezu 30 Jahren, ohne denselben in der Angestelltenversicherung zu melden, wozu sie nach dem Gesetz verpflichtet war. Seit längerer Zeit liegt der Beklagte mit der Klägerin vor dem Reichsversicherungsamt für Angestellte wegen dieser Unterlassung im Streit. Die Klägerin hat durch diese Unterlassung dem W. einen außerordentlichen Schaden zugefügt. Denn, würde sie ihn versichert haben, wäre ihm heute Kugelgeld gesichert. Diese Sachlage ist viel schwerer zu beurteilen, als das Unterlassen des W., da die Gegenpartei nicht den geringsten Schaden oder einen sonstigen Nachteil davontrug, ganz abgesehen von ihrer eigenen Mitschuld. Wo bleibt hier das objektive Rechtsbewußtsein, wenn es der Gegenpartei gelingen sollte, durch die Maschen des Gesetzes zu schlüpfen? Vermutlich gibt sie sich arglos in die Gesefährnisse des Rechts, immer in der Hoffnung, sich mit spießritzer Gewandtheit wieder herauszufinden, weil ja die Justiz mit sich rechnen läßt.

Das Gericht folgte diesen Ausführungen und wies den Antrag bezüglich der Feststellungsfrage und Verurteilung der fristlosen Entlassung durch Teilurteil ab. Bezüglich der Widersäkerin wird Sachverständigenbeweis noch durchgeführt.

In der Verhandlung wurde ausgeführt, daß das Gericht das Verhalten des Beklagten als besonders mild beurteilt, weil er wiederholt die erforderlichen Geldmittel aberlangte, ohne sie zu erhalten und die ihm zur Verfügung stehenden Beträge nur notdürftig zur Befriedigung der Arbeitslöhne und Materialkosten ausgereicht haben. Besonders war zu berücksichtigen, daß die Klägerin ihm eine 7-prozentige Belastung für Schläuergläser rückwirkend auf 1921 in Höhe über 1200 M auferlegte, ohne sich über die Zulässigkeit zu vergewissern. Aus diesen Gründen ist die fristlose Entlassung als ungerechtfertigt anzusehen.

Das Gericht hat ein Teilurteil gesprochen. Die Klägerin wird sich sehr überlegen, dagegen Berufung zu ergreifen. Der Beklagte und Widersäker atmet etwas leichter auf, und verläßt mit seiner Frau den Gerichtssaal. Wie wird der Urteilspruch der Widersäkerin lauten?

Deutsches Flaschensyndikat.

Seit einem Jahr liegen Bestrebungen der Verkaufsvereinigung der deutschen Flaschenherzeugung vor, zu einem festen Verkaufssyndikat zu kommen. Das Verkaufssyndikat bezweckt vor allen Dingen, die Konkurrenz in der deutschen Flaschenherzeugung zu gewinnen, damit der Markt durch Unterbietung der Preise nicht noch weiter beunruhigt wird.

Nur vor Weihnachten wurde gemeldet, daß das Verkaufssyndikat der deutschen Flaschenherzeugung mit dem Sitz in Düsseldorf zustande gekommen ist. Dem Verkaufssyndikat gehören fast alle deutschen Flaschenfabriken, wie die Glaswerke Ruhr-Alten-Gesellschaft, Gerresheimer Glas, Ertralauer Glas, Siemensglas, Gebr. Stoebebrandt in Rinteln, D. Hebe-Damburg, Obenburger Glasbläse, Holscher & Co. in Friedburg usw., an. Außerhalb des Syndikates stehen, wie berichtet wird, nur noch zwei Betriebe. Die von den beiden Augenleitern auf den Markt gebrachten Flaschen betragen von der Gesamtproduktion der deutschen Flaschenherzeugung höchstens bis 6 Proz. Verhandlungen schweben mit den beiden Augenleitern, um sie für die Verkaufsvereinigung zu gewinnen.

Der neue Verband wird nicht nur die Produktion kontingentieren, sondern bildet auch die Preiskonvention. Die Quoten für die einzelnen Werke sind für die Verbandsdauer von zehn Jahren festgelegt.

Das neue Syndikat umfaßt den Inlandsabsatz wie auch den Export. Fastlich ist sein Wirkungsbereich auf sämtliche farbige Gebrauchsglasflaschen ausgedehnt. Weiße bzw. farblose Glasflaschen werden vom Syndikat nicht beachtet. Der Anteil an einzelnen Flaschenarten schwankt ziemlich stark. Man rechnet nach einem allgemeinen Ueberblick mit folgender Unterteilung in der Gesamtproduktion: 35 Proz. Bierflaschen, 25 Proz. Mineralwasserflaschen und der Rest von 40 Proz. betrifft die Erzeugung von Wein-, Sekt- und sonstigen Flaschen.

Das Champagnerflaschensyndikat hat mit dem Syndikat der gewöhnlichen Flaschenherzeugung, Sitz Düsseldorf, nichts zu tun. Durch das neue Syndikat wird die Monopolstellung der deutschen Flaschenherzeugung noch härter hervorgerufen, als es bislang der Fall war. Nachdem nun für Deutschland die Schaffung einer festen Marktorganisation gelungen ist, sollen auch internationale Abreden über Produktion und Preise getroffen werden. Vor allen Dingen will man der Patent- und Lizenzerteilung auf den Gebieten der Flaschenproduktion einer scharfen Kontrolle unterwerfen.

Die Arbeitnehmer in der Flaschenindustrie können diesen Dingen nicht gleichgültig gegenüberstehen. Sie werden bei der monopolistischen Einstellung der Arbeitgeber der deutschen Flaschenherzeugung vom Staat verlangen müssen, daß genaueste Kontrolle ausgeübt wird, damit nicht die Syndizierung der Flaschenherzeugung auf Kosten der Allgemeinheit und der Arbeiter in der Flaschenindustrie erfolgt.

Des Weiteren müssen die Arbeitnehmer verlangen, daß sie auch bei der Behandlung der Fragen der Normung und Typisierung in der Flaschenindustrie, die gerade vom Syndikat sehr scharf durchgeführt werden sollen, gehört werden. Entsprechende Anträge werden wir an den Normenausschuß des Reichswirtschaftsrates resp. Reichswirtschaftsministeriums richten.

Radeberg.

Fahnenweihe und Jubilarehrung. Zum 11. Januar hatte die Bahnhofsleitung Radeberg des Fabrikarbeiterverbandes und des Reichsmanteltarifverbandes ihre Mitglieder zur Feier der Weihe der Fahne und der Ehrung der Jubilare geladen.

Der größte Saal am Ort konnte die weit über 1000 Personen, die erschienen waren, kaum fassen. Leider mußte ein Teil wegen Raumangel wieder umkehren. Dem Charakter des Tages entsprechend, war der Saal herrlich befestigt. Unter den Festgästen bemerkte man den ersten Bürgermeister der Stadt, den Genossen Ullrich, und andere. Die Bahnhofsleitung Dresden und Stenborn zeigten durch ihre Delegation, wie innig verbunden sie sich mit ihrer Bruderstadt Radeberg fühlen.

Das im Festprogramm vorgesehene Konzert vom Vandalenklub Radeberg, fast restlos Mitglieder unseres Verbandes, zeigte deutlich, wie heute die Arbeiterschaft auf allen Gebieten mitzukommen versucht, und daß tiefer Ernst und Fleiß uns auf gleiche Kulturstufe gebracht hat, die sonst nur von sogenannten „besseren Menschen“ beansprucht wurde. Die Arbeiterlänger Radebergs ließen ihre Weisen, dem Geschehen des Tages entsprechend, aus gelunder Rechte erschallen. Ein von der Tochter des zweiten Angestellten gesprochener Prolog „Der Fahne“ und „Unser Verband“ wurde mit Wärme und Liebe zur Sache vorgetragen.

Die Weiberede für das neue Banner der Bahnhofsleitung Radeberg hatte der Vertreter des Reichsmanteltarifverbandes, der Kollege Krebs - Berlin, übernommen. In überzeugenden Worten wies er nach, daß es sich nicht darum handle, eine sogenannte Vereinssöhne zu wählen, sondern ein Wahrzeichen der Stärke und des Aufstiegs nicht nur der Arbeiterschaft von Radeberg, sondern der internationalen Arbeiterklasse. Daß die Fahne des Verbandes der Fabrikarbeiter der Bahnhofsleitung sich bald einen Ehrenplatz im internationalen Fahnenwald der Arbeiterklasse errungen haben wird, dafür bürgt die Tradition der Radeberger Arbeiterbewegung. Nach einem Appell an die Arbeiterfrauen, die Tugend und einem Dank an die Alten, die das Erbe Märzes und Legiens nicht nur treu verwaltet, sondern zum breiten Fundament für die Arbeiterschaft ausgebaut, schloß der Redner mit

einer Mahnung: „Treue dem neuen Banner und Treue dem Verband zu halten, vor allen Dingen in Zeiten der Not.“ Nur so wird es möglich sein, der Menschheit und der Allgemeinheit großes Ziel, zum Sozialismus, zu der Gesellschaftsordnung zu kommen, wo Licht und Schatten gleichmäßig für alle Menschen verteilt sind.

Die Ehrung der Jubilare nahm Kollege Müller, vom Hauptvorstand vor. Nach Übermittlung der herzlichsten Wünsche des Hauptvorstandes und des Reichsmanteltarifverbandes an die Jubilare ließ Kollege Müller ein Stück Geschichte der freien Gewerkschaftsbewegung und die Verschmelzung der Verbände der Glas-, Porzellan- und Fabrikarbeiter vorüberziehen. Insbesondere wurden die Weisheiten gezeichnet, die im ehemaligen Obrigkeitstaat dem Betreuer der Arbeiterbewegung in der Bahnhofsleitung Radeberg durch Kollektivwillkür und Unternehmerrschliffe bereitete wurde. In Gegenüberstellung der Gegenwart konnte jeder sachliche Beobachter entnehmen, wieviel durch Einigkeit und Geschlossenheit der freien Gewerkschaftsbewegung bislang erreicht worden ist. Manches ist noch reformbedürftig, und harte Arbeit ist noch zu leisten, aber aufwärts und vorwärts muß es gehen im Interesse der Menschheit. Aus den Augen der Alten sah man dankbare Freude blitzen, daß sie einer Feier beiwohnen konnten, wo ein Teil ihrer schweren gewerkschaftlichen Arbeit nicht nur anerkannt wurde, sondern wo es sich auch schon zeigte, daß ihre Tätigkeit für die Allgemeinheit der Arbeiterklasse bereits segensreiche Früchte zeigt.

Abschließend überbrachte Bürgermeister Ullrich nicht nur seine Glückwünsche, sondern auch die der Verwaltung der Stadt Radeberg. Die Gewerkschaftsbewegung in der Stadt Radeberg, betonte der Redner, kann es verlangen, daß jeder mit Hochachtung vor ihr spricht. In den schwersten wirtschaftlichen Zeiten des Jahres 1918 und 1923 habe gerade die Gewerkschaftsbewegung geholfen, daß aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch nicht noch ein Zusammenbruch der Stadt entstanden ist. Dem klugen Handeln der führenden Gewerkschaftsvertreter, gemeinsam mit der Stadtverwaltung und den einrichtigen Arbeitgebern, sei es zu verdanken, daß heute die Stadt Radeberg mit ihrer Industrie noch zu den zu beachtenden Industriezentren Ost Sachsens ge-

hört. Im Interesse der Wirtschaft, des Staates und der Stadt hoffe er, daß auch die Krisen des Jahres 1929 bald überwunden sein mögen, damit den schwergeprüften Arbeitslosen Brot und Lohn gegeben werden kann. Handeln die Gewerkschaften nach dem Worte Schillers: „Wir sind ein Volk, und einzig wollen wir handeln“, so wird und muß es vorwärtsgehen im Interesse der Allgemeinheit.

Schon die Unwesenheit des ersten Vertreters der Stadt muß jedem zeigen, daß es in der Arbeiterbewegung vorwärts gehen ist, trotz Hindernissen und Demütnissen. Im ehemaligen Obrigkeitstaat wurde der freiwillig gestimmte Arbeiter verfolgt. Heute muß man mit ihm rechnen in der Wirtschaft. Alle Festteilnehmer brachten zum Ausdruck, daß die Feier zur Stärkung des Verbandes wesentlich beigetragen haben dürfte, und daß etwaigen Indifferenten der Weg gezeigt worden ist, wo sie Gleichgesinnte und Gleichhandelnde für die Arbeiterinteressen allzeit vorfinden.

Dermbach.

Die Firma Kahmig & Jungwirth in Dermbach ordnet Feierschichten an. Da kein Arbeiterrat gewählt ist, braucht die Firmenleitung hierauf keine Rücksicht zu nehmen und kann schalten und walten, wie sie will. Ein Arbeiter wird freilich entlassen, angeblich, weil er schlechte Ware geliefert hat. Ein Einspruch ist nicht möglich, da kein Arbeiterrat da ist, bei dem nach dem Gesetz diesen Einspruch anbringen muß. Kollegen von Dermbach, wie lange wollt ihr ohne gesetzliche Betriebsvertretung bleiben? Habt ihr noch nicht genug Erfahrungen gesammelt in diesen Wochen?

Bestimmt euch, noch ist es Zeit!

Miesau.

Nach den Veröffentlichungen gelten für den obigen Betrieb, Miesauer Farbenglaswerke, vorm. E. Grosse, für das Jahr 1928 folgende Abschlußziffern: Bruttogewinn 73 287 RM, Abschreibungen 35 921 RM. Es verbleibt somit ein Reingewinn von 37 466 RM. Der Reingewinn gelangt zur Verteilung auf ein Aktienkapital von 416 000 RM.



Vorschläge zur Verbesserung des Reichsmanteltarifvertrages.

Eine Anzahl Zahlstellen übermittelte nach der Kündigung des Reichsmanteltarifvertrages für die feineramische Industrie und des Ueberzeitabkommens der Zentralbranchenleitung Vorschläge und Forderungen, von denen wir in dieser Nummer wieder einen Teil abdrucken. Der erste Teil war in der Nummer 3 zu lesen.

Golditz fordert eine regelmäßige tägliche Arbeitszeit von 8 Stunden, an Vorabenden von Sonn- und Festtagen 5 Stunden. Die Zulassung von Ueberzeitarbeit ist in einem besonderen Abkommen zu regeln. § 6 Abs. 1 wird gestrichen.

§ 25: Dienhaber in der Spülwarenindustrie und verantwortliche Schmelzer, Generatorschlichter sowie Dampfenarbeiter erhalten bei Zeitlohnarbeit 25 Proz. Zuschlag auf den zuständigen Mindestlohn.

§ 26: Alle Zeit- und Akkordlöhne werden im Einverständnis mit der Preiskommission festgesetzt, die aus höchstens drei Arbeitern, bei Sacharbeiterakkorden nur aus Arbeitern, die Anspruch auf Sacharbeiterlohnung haben, bestehen darf. Entstehen Meinungsverschiedenheiten usw.

§ 28: Sämtliche Arbeitsmittel und Materialien sind zu dem Preis abzugeben, welcher bei Festsetzung der Stückpreise bestanden hat.

Abweichende Betriebsvereinbarungen sind zulässig. Eine Verdienstminderung darf dadurch nicht eintreten.

§ 34: Den Arbeitern wird in dem auf den Eintritt in das Werk folgenden Kalenderjahr ein Urlaub von 3 Tagen und in jedem weiteren Jahr ein weiterer Urlaubstag bis zu einer Höchstdauer von 8 Urlaubstagen gewährt.

Der Anspruch auf Urlaub ist nach der Beschäftigungsdauer im Betrieb zu bemessen. Frühere Beschäftigungszeit im gleichen Betrieb ist auf die Gesamtbeschäftigung anzurechnen. Als Beschäftigung im Werk oder Betriebe im Sinne des ersten und zweiten Absatzes gilt auch die Beschäftigung in verschiedenen, wenn auch nicht am gleichen Orte befindlichen Werken desselben Konzerns.

§ 37 Abs. 1, 2 und 3 bleibt wie bisher, Abs. 4 und 5 wird gestrichen.

37a: Kriegsdienst und Kriegshilfsdienst, deutscher Militärdienst, Arbeitsunfähigkeit infolge der Kriegsergebnisse, Streik und Auspöschung Krankheit, Aussehen infolge Arbeitsmangel oder anderer Ursachen, sowie völlige oder teilweise Stilllegung des Betriebes gelten nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses.

39: Beim Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis steht dem Arbeitnehmer für jeden vollen Monat seit dem Einstellen bis zum letzten Tag des letzten Urlaubs Anspruch auf ein Zwölftel des tariflichen Urlaubs zu.

Bei Entlassungen, die im Rahmen einer gemäß der Verordnung vom 8. November 1920 angemeldeten ganzen oder teilweisen Betriebsstilllegung erfolgen, ist der Urlaub voll zu gewähren.

15. Bernsjahre 13 Tage, 20. Bernsjahre 15 Tage, 25. Bernsjahre 18 Tage.

36: Die Ferien sind in der Zeit vom 1. April bis 31. Oktober zu nehmen.

§ 46: Unter Preiskommission ist zu lesen: Defektmission und Verbandsfunktionäre. Unter protokollierende Feststellungen sollen die Stellen über Einstellung und Entlassung bereisbar werden.

Ueberzeitabkommen: Die ersten 3 Stunden sollen zu 25 Proz. die weiteren Stunden mit 30 Proz. Zuschlag vergütet werden.

Argers: Die Bestimmungen im Rommabkommen sind zu bestätigen, die es unmöglich machen, daß die Akkordarbeiter einen Effektivzuschlag auf ihren Lohn erhalten. Die Arbeitszeit soll 8 Stunden täglich betragen.

Vorwärts fordert Änderung des Mannes, damit für Akkordarbeiter Festlöhne auf den Effektivlohn gewährt werden können. Die Altersklasseneinteilung muß bei 20 Jahren beendet sein. Der Frauenlohn muß dem Männerlohn gleich sein, da sie dieselbe Arbeit und dieselbe Leistung verrichten.

Berlin, Lettau, Spandau: Das Ueberzeitabkommen ist wegen der großen Arbeitslosigkeit abzuschaffen.

§ 26 Abs. 2: Wird eine Einigung nicht erzielt, so wird bis zur endgültigen Festsetzung des Stückpreises, der spätestens binnen 2 Wochen erfolgen muß, die Arbeit im provisorischen Akkord verrichtet und der Durchschnittspreis der Woche als vorläufiger Standardlohn festgesetzt.

§ 34: Der Urlaub soll nicht nach der Beschäftigungsdauer im Betrieb, sondern nach Bernsjahren bemessen werden.

Stettin: verlangt Verbesserung des Mantelvertrages.

Stettin: Das Ueberzeitabkommen ist kürzer zu fassen. Vor allen Dingen nicht länger als 3 Monate Ueberstunden gemacht werden und dann ein halber Zuschlag als Höchst.

Mitterteich: Es sind im Tarifvertrag Bestimmungen zu treffen, die die Unternehmer mehr als bisher zwingen, die vertraglichen Bestimmungen zu beachten.

Belten: Ueberzeitarbeit 20-25 Proz. Zuschlag. Bei Lohnzahlungen soll, wenn der Lohnstag auf einen Feiertag fällt, der Lohn am Tage vorher gezahlt werden. Urlaub statt anfangs 3 Tage, 4 Tage. Im Mantelvertragsvertrag muß die Möglichkeit geschaffen werden, Effektivzuschläge zu erhalten.

Weiden: Das Ausnehmen zu heiser Dafen muß im Mantelvertragsvertrag laut Unfallverhütungsvorschrift der Eisenerzeugnisse geregelt werden. Damit es Effektivzuschläge gibt, müssen die Grundlagen für die Lohnbildung aus dem Mantel heraus. Die Schlichtungsstellen, Schiedsamt und Oberschiedsamt müssen beseitigt werden. Die Streitfälle müssen den Arbeits- und Landesarbeitsgerichten übertragen werden. Die Arbeitsgerichte sollen im allgemeinen bessere Urteile, als wir sie bei unseren Sondergerichten erhalten. Weiter sind es die hohen Kosten, die großen Verzögerungen und die Unstabilität des Verfahrens bei unseren Schiedsamtern, die kaum tragbar sind im Hinblick auf das billige, einfache und schnelle Arbeiten der Arbeitsgerichte. Kleinere Sachen sind bei Arbeitsgerichten nicht berufungsfähig und sofort vollstreckbar. Bei uns kann jede Sache an das Oberschiedsamt verschleppt werden. Nach § 39 letzter Absatz hat der Arbeiter, der seine Stelle selbst aufgibt, nach an jenem Tarifvertrag keinen Urlaubsanspruch. Das Reichsarbeitsgericht steht dazu im Gegensatz und sagt in einem Urteil: „Der Urlaub ist ein Lohnanspruch des Arbeiters, den er sich anteilmäßig Tag für Tag erwirbt und es ist gleich, aus welchem Grunde die Lösung des Arbeitsverhältnisses erfolgt. Der Urlaubsanspruch besteht in allen Fällen anteilmäßig.“

Selb: § 34: Nach sechsmonatlicher Beschäftigung im Betrieb wird ein Urlaub von 3 Tagen gewährt und mit jedem weiteren Jahr um 1 Tag. Die Hineinbringung einer Klausel in den Vertrag, daß auch Effektivzuschläge gegeben werden können während der Laufdauer des Mantelvertrages. — Die Lehrzeit muß tariflich geregelt werden.

Zur Dreiklassenverteilung verlangt G a m e l n Einreichung in Dreiklassen B: Margarethenhütte von B nach A; Golditz von B nach A; Jermshörz fordert zwei Dreiklassen; Gräfenthal fordert Abschaffung der Klasse C; Sophienthal fordert eine höhere Dreiklasse.

Stuttgart wünscht Urlaubsanspruch in Höhe von 3 Tagen nach einer Beschäftigungsdauer von 6 Monaten und nach Beschäftigung von 12 Monaten 6 Werktage Urlaub. Ferner soll eine Bestimmung im Vertrag Ausnahme finden, daß die Vermittlung von Arbeitskräften nur durch die Arbeitsämter erfolgen darf.

Die Lehrlingsfrage in der Porzellanindustrie.

Offen, die Zeit, da die schulterwachsenen Mädel und Jungen in das Erwerbsleben eintreten, ist vor der Tür. Viele Eltern und Lehrlingsberechtigten sind gezwungen, sich ernstlich mit der Frage zu beschäftigen, was soll der Junge, was soll das Mädel lernen. Die weitgehende Mechanisierung und Technik in der Industrie beschränkt die Zahl der verfügbaren Lehrstellen von Jahr zu Jahr immer mehr. Dazu kommt, daß bei der in der feineramischen Industrie das Vordringen der Frauen, die den Facharbeiter durch angeleitete Arbeitsträger und durch Frauen zu verdrängen. Wir haben diese Frage im vergangenen Jahre, in der Nummer 25 des Reichsmanteltarifverbandes, schon einmal eingehend behandelt. In dem zitierten Artikel haben wir auch nicht hinter dem Berge gehalten mit unserer Meinung über die Unternehmung, welche, trotzdem sie befreit ist, mit angeleiteten Arbeitsträgern auszukommen, oder Männer durch Frauen zu ersetzen, für diese Abteilungen noch Lehrlinge einzustellen.

Das Angebot an Lehrlingen in der Porzellanindustrie Oberpfälzens und der Oberpfalz scheint trotz der verminderten Zahl Schulentlassener (es kommen jetzt die infolge des Krieges zurückgegangenen Geburten zur Auswirkung) noch ein sehr großes zu sein. Das ist daraus zu schließen, daß viele Betriebsleitungen sich gestatten können, die Lehrzeit zu verlängern. Nachdem erst einige Selb-Betriebe unter Drohung, die jungen angeleiteten Mädel zu entlassen, die jüngeren Kollegen selbst und deren Eltern so quasi gezwungen haben, in eine Verlängerung der Lehrzeit über die vertragliche hinaus einzustimmen, beruht nunmehr in Selb die Lehrzeit generell zu verlängern. Doch nicht nur in Selb, auch in anderen Orten, z. B. in Raps, bestehen Wünsche, die Lehrzeit zu verlängern.

Leider ist durch die Eltern — aus Angst, sonst keine Lehrstelle für ihren Jungen zu erhalten — gegen ein solches Ansinnen kein Widerstand erhoben worden. Von den Unternehmern wird die 4-jährige Lehrzeit damit begründet, daß die Aus-

bildung zu guten tüchtigen Facharbeitern in 3 Jahren nicht gewährleistet sei. Dieser Behauptung müssen wir auf das Entschiedenste widersprechen. Solch hohe vielseitige Leistungen werden bei der heute auch in der Porzellanindustrie platzgreifenden Arbeitsteilung gar nicht mehr gefordert, daß sich ein solches Verlangen rechtfertigen ließe. Aber selbst wenn das der Fall wäre, so genügen nach unseren Erfahrungen, wenn die Lehrzeit tatsächlich nur dem Lernen nutzbar gemacht wird, drei Jahre vollkommen. Den Betriebsleitungen kommt es nur auf billige und gefügige Arbeitskräfte an; das ist die Triebfeder bei der Absicht, eine längere Lehrzeit einzuführen.

Die verbliebenen Eltern, die durch Zustimmung zu solch langen Lehrzeiten garben, ihren Lehrlingen und sich selbst zu helfen, werden bald eines anderen belehrt werden. Durch ihr Verhalten werden auch die Eltern der später in die Lehre eintretenden Mädel und Mädel gezwungen, sich den Wünschen der Unternehmer zu fügen. Der Sinauswurf ist nur aufzuziehen, nicht aufgehoben. Die ausgebildeten jungen Porzellanler werden ihren Eltern diese Maßnahme, wenn sie unter der Lehrlingszüchterei zu leiden haben, bestimmt nicht danken.

Auch die erwachsenen Facharbeiter müssen diesen Dingen ihre volle Aufmerksamkeit schenken. Ist nicht in vielen Fällen der Unternehmer, wenn er mit ihnen über den Stückpreis nicht einig werden konnte, dazu übergegangen, die striktiven Artikel einzuführen, die Lehrlinge herzustellen zu lassen? Auch ist die große Zahl Lehrlinge, die in den letzten Jahren für den 2. und 3. Preis in Akkord schuftet oftmals Veranlassung gewesen, daß der Familienvater bei der kleinsten Depression sein Häubchen schnüren und Gast der „Stempelakademie“ werden konnte. Darum ihr Erwachsenen, auch euch geht diese Frage an! Beachtet wie die euren Betrieben gültigen Lehrverträge aussehen und lest den § 128 der Reichsgewerbeordnung durch, der eine Handhabe bietet, die Lehrlingszüchterei zu verhindern.

Im Dezember 1928 waren in Bayern, das heißt in Oberfranken und in der Oberpfalz in den Betrieben der feinerkeramischen Industrie 25 436 Personen beschäftigt. Davon waren 18 153 oder 72 Proz. Männer und 12 283 oder 48 Proz. Frauen. Gegenwärtig dürften die weiblichen Beschäftigten längst auf 50 Proz. gestiegen sein, bei Abnahme der Gesamtbeschäftigtenzahl. 2572 männliche Arbeiter waren unter 18 Jahre, von den weiblichen gar 2697. Unter den 2572 männlichen Jugendlichen waren rund 2100 Lehrlinge. 1700 dieser Lehrlinge hatten sich den Berufsberatungsdienstleistungen, Malerei und Sprüherei und nur 400 den Werkabteilungen, Dreherei, Formerei, Formengießerei, Kapselbreherei und Schleiferei zugewandt. Diese Zahlen aber erscheinen erst im richtigen Licht, wenn man sie unter Berücksichtigung der Tatsache betrachtet, daß von den rund 25 500 Beschäftigten höchstens 1/4, etwa 6000, als Sacharbeiter anzusehen sind. Zu dieser Zahl muß die Zahl der Lehrlinge in Relation gebracht werden. In Verbindung mit den eingangs dieses Aufsatzes geschilderten Bestreben der Unternehmer, die Sacharbeiter durch Angelernte zu ersetzen, ist die Zahl der Lehrlinge eine erschreckend hohe.

Jugendliche und Lehrlinge bilden immer ein billiges und williges Element in den Händen der Unternehmer. Besonders in Zeiten niedergehender Konjunktur müssen sie zu einem Faktor des Lohnbruchs werden. Alle Kräfte der Arbeiterbewegung müssen sich daher zusammenschließen und bei den Eltern und Vormündern, die doch meist auch in der feinerkeramischen Industrie tätig sind, für Aufklärung sorgen. In erster Linie muß der Widerstand sich gegen den Abschluß langfristiger Lehrverträge richten. Zum zweiten muß dem einseitigen Zutritt der Lehrlinge nach einem bestimmten Beruf, in unserem Falle dem Malerberuf, Einhalt getan werden. Etwa hier noch bestehende, annehmbare Verhältnisse müssen sich bald zu schlechten gestalten, wenn solche Massen jugendlicher Arbeitskräfte hinzukommen.

Die vorstehenden Ausführungen sollen in erster Linie ein Mahnwort sein an die Eltern und Vormünder der jungen Leute. Sie tragen die Verantwortung, und in ihre Hand ist es nach den bestehenden Verhältnissen und gesetzlichen Bestimmungen gegeben, Schäden von der Gesamtarbeiterchaft abzuwenden. Aber auch die Arbeiterräte in den einzelnen Betrieben können viel dazu tun, indem sie, entsprechend den Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes, die Ausbildung überwachen und durch geeignete Berichterstattung an die Organisationen Auswüchse beseitigen helfen.

Wie neue Muster zustande kamen.

Vor dem Kriege arbeiteten wir als Galanteriemaler in einem großen Exportgeschäft in Berlin. Unter den Kollegen war ein Maler, namens Gustav, der nachmittags immer ein Nickerchen machen mußte. Das mußte natürlich so gemacht werden, daß es niemand merkte. Unser Gustav malte deswegen auch immer unentwegt weiter. Er tauchte ganz mechanisch seinen Pinsel in die Farbe und führte auch den Pinsel auf die Gegenstände, die er bemalen mußte. Einmal malte er seidenen Tücher, die zu Kissen, Pompadours, Fächern usw. verarbeitet wurden. Auf die seidenen Tücher wurden Blumenzweige gemalt, und als Gustav wieder einmal so ein ausgebeutetes Nickerchen gemacht hatte und sich seine seidenen Tücher besah, war das Unglück geschehen. Einige Tücher waren voll von Punkten, Klecksen und Schmutzflecken. Die Kollegen, die neben ihm saßen, grinsten schon heimlich, und Gustavs Augen wurden immer größer. Was nun machen. Neue Tücher gab es nicht. Bewußtlos konnte man die Reflexen auch nicht. Es blieb nur ein Ausweg, die überflüssigen Schmutzpunkte abzuwischen. Sie und da setzte nun Gustav ein Wästelchen an oder er machte den Pinsel etwas größer und wenn das nicht möglich war, malte er Küfchen, Schmetterlinge und Fliegen darauf. Darin hatte Gustav schon etwas los. Diese Tierchen malte er ganz naturgetreu. Der Schaden war also behoben, und niemand hatte etwas gemerkt. Aber der Blick der bösen Tat sollte nachfolgen.

Nach vielen Wochen kam ein großer Posten von diesen seidenen Tüchern, und alle Maler sollten darin beschäftigt werden. Für das Nickerchen gab es 12 RM. Aber wer beschreibt das Entsetzen der Maler, als die Muster zu den Tüchern ausgeteilt wurden? Jeder bekam ein Muster mit einem Blumenzweig, und neben dem Zweig waren noch Schmetterlinge, Käfer in allen Größen und Arten, und auch Fliegen, gemalt in kunstvollster Art, darauf. Es wäre keinem Maler möglich gewesen, auch nur die Schmetterlinge, Käfer und Fliegen für 12 RM das Duzend zu malen, viel weniger noch mit dem Blumenzweig. Nun hatten wir die Bescherung. Die Maler sahen erst sich gegenseitig und dann unseren Gustav an, und dann ging ein Gewitter auf Gustav hernieder. Da bekam Gustav seine Schmeicheleien zu hören. Aber was sollten wir machen? Unseren Gustav bloßstellen, das konnten wir nicht, und deswegen mußte er nun zur Strafe auf alle die seidenen Tücher die Käfer, Schmetterlinge und Fliegen auch allein aufmalen.

Hermann Bredow †.

Am 14. Januar starb nach langer schwerer Krankheit unser Kollege Hermann Bredow in Marktredwitz in Bayern.

Mit Hermann Bredow ist ein alter treuer Gewerkschafter und ein Funktionär des Verbandes von uns gegangen, der sich um das Schicksal der Arbeiterschaft, insbesondere der Porzellanarbeiter, sehr verdient gemacht hat.

Hermann Bredow wurde am 15. Dezember 1880 in Frankfurt a. M. geboren und erlernte dort den Beruf des Porzellanmalers. In jungen Jahren schon ging Bredow auf die Wanderschaft und arbeitete in seinem Beruf in verschiedenen Porzellanfabriken Deutschlands, längere Zeit in Thüringen und in Bayern. Im Dezember 1900 trat Bredow in den Verband der Porzellanarbeiter als Mitglied ein. Hier bekleidete er in verschiedenen Zahlstellen Vertrauensposten. Als im Jahre 1910 der Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen für Oberfranken und die Oberpfalz einen Gauleiter anstellte, fiel die Wahl auf Hermann Bredow.

Diesen Posten versah Bredow zur vollen Zufriedenheit der Mitglieder und des Vorstandes des Verbandes. Als Gauleiter leistete er infolge seiner Lafrast und Energie eine gewaltige Arbeit in agitatorischer und organisatorischer Hinsicht. Im Mai 1918, also im letzten Kriegsjahr, gelang es dem Verband durch die Botschaft und Tätigkeit Bredows, für Oberfranken und die Oberpfalz den ersten Lohnvertrag für die Porzellanindustrie unter Mitwirkung des Kriegsamtes Nürnberg zu schaffen.

Im August 1924 erlitt der erst 44jährige kurz hintereinander zwei Schlaganfälle, die ihn lähmten und von denen er sich trotz sorgfältiger Pflege seiner Frau nicht wieder erholen sollte. Nun hat ihn der Tod von seinem Leiden erlöst.

In den Herzen der Porzellanarbeiter hat sich der Verstorbene durch seine segensreiche, aufopferungsvolle Tätigkeit ein bleibendes Denkmal errichtet.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

Oberhohndorf.

Ueber die Porzellanerzeugnisse der Porzellanfabrik Friedrich Raetner & Co. in Oberhohndorf bei Zwittau lesen wir im „Wiener Handelsblatt“:

„Dieses im Jahre 1888 gegründete Werk, das heute etwa 300 Arbeiter und Angestellte beschäftigt und mit 4 Brennöfen arbeitet, hat sich von jeher auf die Erzeugung feinsten Tafel- und Kaffeefervice in mittleren und höheren Preislagen, sowie von Kunst- und Luxusporzellan spezialisiert. Seit einer Reihe von Jahren haben die Raetner-Porzellane in der Durchdringung eines stark veristischen neuzeitlichen Stils die Führung übernommen, und auf jeder Leipziger Messe bilden ihre neuesten Modelle eine Sensation für die Kenner- und Sachwelt. Bei der Kühnheit und individuellen Eigenwilligkeit dieser Neuerungen in Formen und Dekors pflegt es nicht an zweifelnden und schroff ablehnenden Kritiken zu fehlen, die immer wieder durch den starken Erfolg kasaviert werden. Denn die Fabrik Raetner stützt sich ausschließlich auf die Entwürfe ausgezeichneter Künstler von starker Eigenart, deren von allem Hergebrachten unbefangener Ideenreichtum dem Zuge der Zeit nach eigener Ausdruckskultur gerecht wird. Beispielsweise hat vor einem Jahr das vom Raetner-Werk herausgebrachte Reformgeschirr von Professor Geanig mit seiner künstlerisch originellen Zweck- und Gebrauchform anfangs nur bei der fortschrittlich eingestellten Händlerchaft Verständnis und Anklang gefunden; heute sind nicht nur die Bestellungen vieler anderer, die zuerst glatt abgelehnt hatten, nachgefolgt, sondern auch mehrere Porzellanfabriken haben sich bei ihren Neuheiten von dieser neuen Formensprache leiten lassen.“

Wittenberg.

Die Wittenberger Steinzeugfabrik G. m. b. H. hat vor ein paar Tagen ihre Pforten geschlossen. Es sind nur noch 13 Lehrlinge, 3 Kriegsschädigte und 8 Wochenlöhner, die ihre 14tägige Kündigung abarbeiten, beschäftigt. Der Betrieb arbeitete schon seit längerer Zeit verknüpft. Im Dezember wurde die Stilllegung beantragt und die Betriebsleitung hat die Absicht gehabt, daß noch vor den Feiertagen der Betrieb geschlossen wird.

Die Betriebsleitung wollte die zwei Wochen, in welche die Feiertage fallen, benutzen (indem sie von der Regierung die Erlaubnis bekam, den Betrieb stillzulegen), um dann 100 Personen zu entlassen. Die Folge dieser Maßnahme wäre gewesen, daß die Arbeiterschaft nicht in den Besitz der künftigen Erwerbslojenunterstützung gekommen wäre und somit ganze drei Wochen mit den Familien hätte hungern müssen.

Versuchen wir nun, der Ursache dieser Stilllegung auf den Grund zu gehen. In diesem Betrieb schwirrten schon seit längerer

Zeit Gerüchte, nach denen die Finanzlage nicht für rosig gehalten wurde. Auch in der Gemeindefinanzkommission wurde dies angeblich bestätigt. Was ist nun der wahre Grund? Früher ein sehr flotter Geschäftsgang, dann das Vorkommen auf der Leipziger Messe, dann der Abgang eines Vorstandsmitglieds, welcher das weitere die Kündigung eines Meisters, welcher auch für den Konsumvertrieb reifen soll, zu guter Letzt die vielen Reisen des Direktors, und zuletzt — durch eine schlechte Behandlung der Arbeiterschaft — eine Entimmung in der Produktion, welche diese auch nicht fährern konnte. Alles Vorwissen, die die schlechte Wirtschaftslage des Werkes hervorgerufen wurden. Gegenwärtig liegen nun die Dinge so: Die Verschmelzung der Darmstädter Bank mit der Disconto-Gesellschaft hat es mit sich gebracht, daß dies Werk nun auch abhängig wird vom Carlswerk. Vielleicht hängt auch das Reisen des Direktors nach Berlin damit zusammen. Hoffentlich erlebt es die Arbeiterschaft noch, daß dem Allgewaltigen die Flügel beschnitten werden, und daß er dahin verschwindet, wo er hingehört, denn dies hat Herr Ries verdient. Hier steht man demütlich, daß manchmal andere Gewalten mitwirken müssen, um solchem Hauspachstum ein Ende zu machen.

Des Ende vom Liede ist: Eine Industrie, welche durch die Kollegen eine tonangebende Organisation der Arbeiterschaft am Orte war, verschwindet, weil durch die Geschäftspraktiken und die Entwicklung des Wirtschaftssystems auch joch ein Werk dem Tode übergeben wird.

Selb.

Die stillgelegte Porzellanfabrik Gebr. Hofmann in Ertersreuth, bisheriger Inhaber Herr Seufz, wurde am 10. Januar um 47 500 RM versteigert. Meistbietender blieb der frühere Besitzer Herr Hofmann. Wie uns mitgeteilt wird, soll der Betrieb mit zwei Defen in nächster Zeit wieder aufgemacht werden, was für die große Arbeitslosigkeit in Selb von Vorteil wäre.

Bei der Firma S. Hutzschenther, Abt. A, in Selb kommen zum 8. Februar über 100 Arbeiter und 20 Angestellte zur Entlassung, obwohl die Firma auf der Weltausstellung in Barcelona mit dem ersten Preis bedacht wurde. Ob die Firma zu weiteren Einschränkungen, vielleicht Abbau höherer Gehaltsempfänger, übergehen muß, ist nicht bekannt.

Hohenberg.

Die Generalversammlung der Porzellanfabrik C. M. Hutzschenther A.-G., Hohenberg a. d. Eger, erledigte die Regularien und setzte die Dividende auf die Vorzugsaktien wieder auf 5 Proz. und auf die Stammaktien wieder auf 6 1/2 Proz. fest. Herr Hugo Huber, Steinfels, wird mit dem 31. Dezember aus dem Vorstand ausscheiden und in den Aufsichtsrat eintreten. Ueber die zukünftige Entwicklung läßt sich wegen der unklaren wirtschaftlichen Verhältnisse nach Angabe der Verwaltung gegenwärtig nichts Bestimmtes sagen. Die eigenen Werke haben günstiger gearbeitet als im Vorjahre, dagegen ist das Geschäft bei einigen Beteiligungsgesellschaften weniger günstig verlaufen.

Arzberg.

Die Carl Schumann Porzellanfabrik A.-G., Arzberg (Bayern), erzielte in ihrem letzten Geschäftsjahr 1928/29 Umschreibungen von 108 313 RM (96 783) und einen Reingewinn von 43951 RM (i. B. 36 434 RM Verlust). Aus der Bilanz (in Mill. RM): Debitoren 1,28 (1,15), Warenlager 0,39 (0,39) und Rohmaterialien 0,28 (0,26), dagegen Kreditoren 1,42 (1,34).

Die Firma ist demnach über die Schwierigkeiten des vorjährigen Geschäftsjahres hinweg und erzielt wieder Reingewinn.

Bonn.

Aus Bonn erhalten wir die Nachricht von einem tragischen Ereignis. Der Direktor Beierwaldes der Porzellanfabrik Schumann in Duisdorf bei Bonn, wo er Direktor war und im Herbst vorigen Jahres wegen Unregelmäßigkeiten in der Betriebsführung fristlos entlassen wurde, hat sich am ersten Weihnachtstag im Bonner Fernbahnhof vor einen einfahrenden Schnellzug geworfen. Der Körper wurde bis zur Unkenntlichkeit zerstückelt.

Mannheim.

Der Betrieb Porzellanfabrik Sterner, Mannheim-Räfertal, ist an die Firma Brown, Boveri & Comp. verkauft worden. Beide Betriebe grenzen aneinander. Ob die Firma Brown, Boveri & Comp. den Betrieb weiterführen will (es werden in dem Betriebe auch Isolatoren gemacht), oder ob er stillgelegt wird, entzieht sich unserer Kenntnis.



Erzeugung, Bedarf, Ein- und Ausfuhr der Zementindustrie der Welt.

Ueber die Zementherzeugung, Absatzverhältnisse der Zementindustrie der Welt ist vom Wirtschaftsbüro der Liga der Nationen eine Uebersicht ausgearbeitet und in verschiedenen Fachblättern vor einiger Zeit veröffentlicht worden.

Sie entnehmen dieser Uebersicht die folgenden Zahlen: 53 Nationen haben der Liga über die Zementherzeugung Angaben eingehandt aus denen hervorgeht, daß gegenüber der Vorkriegszeit wesentliche Veränderungen und Verschiebungen der Zementherzeugung Platz gegriffen haben.

Die Weltherzeugung hat sich mit dem letzten Vorkriegsjahr um 75,5 Proz. erhöht. Die Ausnutzung der Leistungsfähigkeit beträgt aber momentan nur 76 Proz. Gegenüber der Erhöhung der Weltherzeugung ist aber bei der europäischen Zementindustrie die Erzeugung um 68 Proz. zurückgegangen, die Amerikas und anderer, außereuropäischen Länder hat zum Teil sehr bedeutend zugenommen. Eine Reihe Länder, die vor dem Kriege keine oder nicht nennenswerte Zementherzeugungsstätten besaßen, sind nun dazugekommen, z. B. Ecuador, Cuba, Mexiko, Peru, Brasilien, Surinam und Venezuela. Durch die in diesen Ländern neu errichteten Werke ging die Ausfuhr der bisherigen Exportländer um etwa 7 1/2 Millionen Tonnen im Jahre 1928 zurück. Verschiedene andere Länder wie Australien, Britisch-Indien und Japan haben ihre Zementindustrie während des Weltkrieges bedeutend ausgebaut und machen heute den bisherigen Exportländern bedeutende Konkurrenz.

In Europa hatte bisher nur Holland keine bedeutende Zementindustrie, doch ist in jüngster Zeit auch da, und zwar in Maastriech eine große Zementfabrik gegründet worden, die einen Teil des holländischen Zementbedarfs decken und außerdem auch nach holländisch-Indien ausführen soll. Letzteres bedarf seinen bisherigen Bedarf in der Hauptsache aus Deutschland, Belgien und Japan.

Ueber die Erzeugung, Ausfuhr, Einfuhr, eigenen Bedarf der wichtigsten Erzeugungs-, Ausfuhr-, Einfuhrländer geben folgende Aufstellungen ein übersichtliches Bild:

Länder:	Erzeugung:		Ausfuhr:	
	Jahr	Erzeugung	Jahr	Ausfuhr
Vereinigte Staaten	1928	30 011 000 t	1928	141 000 t
Deutschland	1928	7 570 000 t	1928	1 061 000 t
Frankreich	1927	5 100 100 t	1928	640 000 t
Groß-Britannien	1927	4 950 000 t	1928	925 000 t
Belgien-Luxemburg	1927	2 800 000 t	1928*	1 816 000 t
Italien	1927	2 558 000 t	—	—
Tschechoslowakei	1927	1 500 000 t	—	—
Dänemark	1928	642 000 t	1928	501 000 t
Jugoslawien	—	—	1928	377 000 t
Länder: Einfuhr:		Jahr	Inlandsbedarf:	
Holland	1928	392 000 t	—	—
Brasilien	1928	456 000 t	—	—
Argentinien	1928	401 000 t	—	—
Vereinigte Staaten	1928	390 000 t	1928	30 260 000 t
Straits Settlements	1928	318 000 t	—	—
Groß-Britannien	1928	281 000 t	1927	4 607 000 t
Ägypten	1928	251 000 t	—	—
Deutschland	—	—	1928	6 127 000 t
Frankreich	—	—	1927	4 818 000 t
Japan	—	—	1927	3 560 000 t
Italien	—	—	1927	2 570 000 t
Kanada	—	—	1928	1 693 000 t

Bei obigen Aufstellungen sind nur runde Zahlen genannt, die kleinere Mengen nicht angegeben.

Der Weltexport betrug im Jahre 1913 etwa 4 1/2 Millionen Tonnen und war im Jahre 1927 auf 6 Millionen Tonnen gestiegen.

Europas Anteil davon betrug 1913 84 Proz., 1927 91 Proz. Die Zementherzeugung der Vereinigten Staaten hat sich während der letzten 15 Jahre verdoppelt. Sie ist von 15 707 165 t

* Ohne Luxemburg.

auf 30 011 000 t gestiegen. Die Ausfuhr dagegen ist von 622 128 t auf 140 645 t zurückgegangen. In dem gleichen Abschnitt ist die Erzeugung in Deutschland und Belgien fast gleich geblieben.

Von der europäischen Zementindustrie wird gesagt, daß sie weitgehend organisiert sei und sich in Partellen, Trusts, Verbänden, Syndikaten, Landesverbänden usw. zusammengeschlossen habe. Deutschland hat vier Verbände bzw. Syndikate, Belgien ebenfalls mehrere Verbände. Auch in Groß-Britannien sei der Zusammenschlußgedanke stark entwickelt. Die Schweiz hat ebenfalls ein Zementkartell. Außerdem bestehen noch verschiedene internationale Abkommen, u. a. zwischen Deutschland und der Schweiz, Deutschland und Polen, Deutschland und Belgien. Letzteres besonders bezüglich des holländischen Marktes. Weiter besteht ein Konsortium aus deutschen, englischen und belgischen Firmen mit einer Jahresleistung von 50 Millionen bbl (1 bbl = 1 Fuß = 120,2 kg), welches kürzlich zwecks Bearbeitung des südamerikanischen Marktes ins Leben gerufen wurde. Es wird gesagt, daß die Bestrebungen zu noch weiterer Kartellierung neigen.

Die Zementarbeiter können hier sehr viel von den Zementindustriellen lernen. Nicht nur national, sondern auch international ist die Organisation der Zementindustriellen gut ausgebaut. Nicht nur zur Beherrschung des Zementmarktes werden die Zementindustriellen ihre organisierte Macht ausnützen, sondern auch der Arbeiterschaft gegenüber, indem sie einen bestimmten Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zementarbeiterschaft ausüben werden. Auch die deutschen Zementarbeiter, welche die Macht der Zementunternehmer vielfach an ihrem eigenen Leibe zu spüren bekommen haben, müssen ihre Organisation, den Keramischen Bund im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, ausbauen. Nur wenn sie das tun, wenn sich auch der letzte Zementarbeiter vorstehender Organisation anschließt, werden sie eventuellen Verschlechterungsabsichten der Zementunternehmer gegenüber ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen gewappnet gegenüberstehen und ihre eigene Ware, Arbeitskraft, vorteilhaft vertreiben können.

Herr vergib ihnen!

In Nr. 1 der in Döbke i. W. erscheinenden Zeitung „Die Glode“ vom 2. Januar 1930 ist ein Bericht von einer Weihnachtserkennung, die der gelbe Wertverein der Porzellan-, Zement- und Kalkwerke „Gisa“ u. G. in Breda u. W. welcher dem Reichsverband Vaterländischer Arbeiter- und Wertvereine angehört, „harmlos“ mit — und wahrscheinlich auch unter finanzieller Mithilfe — der Direktion abgehalten hat. Die Wertvereinstapelle soll in ihren „schmutzen Uniformen“ ein anmutiges Bild geboten und betrieuen haben, welche große Fortschritte sie in der Handhabung ihrer Instrumente seit vorigem Jahre gemacht habe.

Muß das aber ein großer Kundigen gewesen sein, die Leistungen dieser uniformierten Wertvereinstapelle so stundenlang mit anhören zu können! Es fehlt, um das Bild anziehender und vollständiger zu machen, nur noch die Schilderung, daß die Kapelle mit „Sakulen“ und Pistolen ausgerüstet war, die im Licht der Weihnachtskerzen glänzt hätten.

Natürlich wurde der erschienenen Direktor Mundhenke, so wie es sich für einen gelben, zweiten Wertvereinsvorsitzenden (der erste ist anscheinend schon „du“ gewesen oder er hat kein Nebenamt) geziemt, gehörig angehimelt und am Schluß seiner Begrüßungsansprache angehört.

Direktor Mundhenke hat nach dem Bericht für die Einladung zum Fest seinen Dank ausgesprochen. Er sei der Einladung gern gefolgt, da die Ziele des Vereins sich mit den feingigen deckten. Als gemeinsames Ziel wurde von ihm besonders der Arbeitssfrieden und die Werksgemeinschaft hervorgehoben. Er würde auch fernerhin die Bestrebungen des Vereins unterstützen, sei es bei der Einrichtung einer Kasse, sei es bei gemeinsamem Bezug von Kohle, Lebensmitteln usw. Auch er brachte am Schluß seiner Begrüßungsansprache ein Hoch auf den Wertverein aus. Wahrscheinlich bezeichnet sich auch dieser Wertverein als tariffähig, der vollständig unabhängig ist vom Unternehmer.

Ein Herr Schamburg aus Dortmund vom Reichsbund Vaterländischer Arbeitervereine hat die Festrede gehalten. Der fortschreitenden „Sozialisierung“ der Betriebe sage er den Kampf an. (Er hat natürlich vergessen zu sagen, durch wen die Betriebe sozialisiert werden. Siehe Ankauf und Stilllegung von Werken durch die Syndikate und Konzerne.) Er wünsche ein freies Unternehmertum (?), dem ein freies, starkes Arbeitnehmertum gegenüberstehe, nicht zu Kampf und Streit, zu Streik und Auslieferung, sondern zu gemeinsamer Arbeit an dem Wiederaufbau und der Stärkung der Wirtschaft.

Um die Worte Schillers im „Don Carlos“ hier anzuwenden, muß man schon sagen: „Anderes als wie in Köpfen normaler Menschen, malt sich in diesen Köpfen die Welt.“

Entweder sind es bewußte Vertreter der reinen Unternehmerinteressen (was am wahrscheinlichsten ist), die solch verworrenes Zeug herbeibringen, oder es hat sich bei ihnen das ganze Gehirn, wenn überhaupt noch welches vorhanden sein sollte, durcheinandergemengt zu einem undefinierbaren Brei.

Wo das „freie, starke Unternehmertum“ in der Zementindustrie herkommen soll, wenn es in einem Wertverein organisiert ist, wissen wohl selbst die Schwäger vom RWL nicht. Der Wertverein hört doch sofort zu bestehen auf, wenn die Mitglieder, die ja nur auf ein Werk beschränkt sind, auf die Straße fliehen. Da denkt man unwillkürlich an die Renommisterei eines Quäpflers oder Dramatikers, der da sagt: „So lag ich und so fährt ich meine Klinge, bald lag er oben, und ich unten, dann lag ich wieder unten und er oben. Wohllich stand er auf und sieh davon, und ich immer vorne weg.“

Bei dem so straff organisierten Unternehmertum, wie es in der deutschen Zementindustrie vorhanden ist, bleibt ein Wertverein, auch wenn er dem RWL angeschlossen ist, nur ein Werkzeug des Unternehmers. Ein Ball, dem man, wenn es einem paßt, einen Stoß gibt, damit er dahin fliegt, wo man ihn hin haben will.

Na ja, die Leuten in dem gelben Wertverein von „Gisa“ scheinen es doch nicht gemerkt zu haben, welche Rolle sie spielen. Sie sind übrigens äußerst reichlichen.

Als besonders freudig entgegenkommene Gnade wird es in dem Bericht bezeichnet, daß die Wertleitung trotz der schlechten Saison keinen der Belegschaft dem schrecklichen Los der Arbeitslosigkeit ausgeliefert, und so das Geipst des Hungers und der Sorge der Arbeiterhäuser ferngehalten hat. Nur so war es ihnen möglich, die Weihnachtserkennung abzuhalten.

Wenn es dem Unternehmer in den Kram paßt, wird er, auch wenn die Belegschaft einem gelben Wertverein angehört, diese auf das Streikpflaster setzen. Beispiele aus der letzten Zeit haben wir genügend erlebt, u. a. in Oberhessen und in anderen Gegenden. Wenn der Unternehmer infolge Rationalisierung, schlechter Konjunktur usw. einen Teil seiner Arbeiter nicht mehr braucht, ist es ihm gleich, ob sie ihm zuliebe oder vielleicht gar mit seiner gütigen Mithilfe einen gelben Wertverein gegründet hatten oder nicht. Der Mohr kann gehen, wenn er seine Schuldscheine getan hat.

Wenn sich dennoch Arbeiter von solchen Tiraden, wie: „Wertgemeinschaft“, „gemeinsames Interesse“ usw., von Leuten, die reine Unternehmerinteressen vertreten, für gelbe Wertvereine einlassen lassen, kann man nur sagen:

„Herr, vergib ihnen, sie wissen nicht, was sie tun!“

Umfang, Produktion und Absatz der polnischen Zementindustrie.

Nach den Veröffentlichungen des Polnischen Zentralstatistischen Amtes produzierten im Jahre 1928 16 Fabriken gegen 15 im Jahre 1927. Diese verteilen sich auf die verschiedenen Gebiete wie folgt: Kongresspolen 11, Südpolen 3 und Westpolen 2. Betschäftigt wurden in den 16 Fabriken nach dem Stande Juni 1928 insgesamt etwa 7811 und Ende Dezember 1928 7576.

Die zwei westpolnischen Betriebe scheinen nach der Anzahl bemessen, die größten zu sein, sie beschäftigten Ende Dezember 1928 4940 Arbeiter, während die 3 südpolnischen 1928 und die 11 kongresspolnischen Betriebe zusammen nur 3878 Arbeiter beschäftigten. Es entfallen demnach auf die westpolnischen Betriebe je 99, auf die südpolnischen 423 und auf die kongresspolnischen Betriebe je 35 Arbeiter auf einen Betrieb. Im bezug auf technologische Ausrüstung und Produktionskapazität stehen die westpolnischen Betriebe an erster Stelle.

Es wird weiter gesagt, daß die polnische Zementindustrie im letzten Jahre ihre technischen Anlagen weiter mechanisiert und modernisiert habe. Das geht auch aus den Zahlen über die verwendeten Motoren hervor. Letztere stiegen von 59 im Jahre 1927 auf 77 in der gleichen Zeit von 61569 auf 71068 PS.

Ueber die Leistungsfähigkeit erwähnt man folgendes: Die jährliche (angenommene) Kapazität ist von 1920/21 2000000 Tonnen im Jahre 1927 auf 1637 Tausend Tonnen sinken oder um ungefähr 18 Proz. gesunken. Die jährliche Weltproduktion ist von 1920/21 2000000000 Tonnen im Jahre 1927 auf 1000 Tausend Tonnen im Jahre 1928 gesunken. Demnach beträgt die relative Steigerung der Produktion etwa 28 Proz. Die Ausnutzung der Kapazität, welche im Jahre 1927 nur 56 Proz. betrug, stieg im Jahre 1928 auf 65 Proz.

Auch der Absatz hat zugenommen. Nur keine, nicht ins Gewicht fallende Mengen sind am Lager produziert. Der Absatz betrug 1927 insgesamt 98,7 Tausend Tonnen und stieg 1928 auf 104,2 Tausend Tonnen. Es ist also 1928 mehr abgesetzt als

produziert wurde, so daß ein Teil des Absatzes aus Lagerbeständen entnommen wurde.

Auch im Jahre 1929 hat die polnische Zementindustrie ihre Produktion erheblich steigern können, was durch Ausführung von Großbauten der öffentlichen Hand, die einen erhöhten Aufwand an Zement erforderlich, möglich war. Der Bedarf für Straßen- und Wegebauzwecke hat im Jahre 1929 eine bedeutende Steigerung erfahren. Dagegen hat die Ausfuhr sich nicht unbeträchtlich vermindert. Die Gesamtproduktion betrug 1927 147 379 Tonnen, 1928 95 285 Tonnen und in den ersten neun Monaten des Jahres 1929 61 404 Tonnen. In der gleichen Zeit 1928 betrug die Ausfuhr noch 83 215 Tonnen, jetzt also seit 1927 eine stark rückläufige Bewegung. Die Hauptgebiete für den polnischen Zementexport sind die Balkanländer und die skandinavisch-baltischen Staaten, wo ihm aber die deutsche und belgische Zementindustrie starke Konkurrenz macht, so daß die polnische Zementindustrie immer mehr zur Auffindung neuer, vor allen Dingen überseeischer Märkte, gezwungen wird. Daß der Konkurrenzstempel sich auch im Jahre 1930 noch verschärfen wird, läßt sich vermuten, da auch in den Ländern, wo der Export des polnischen Zementes in den letzten Jahren in Erscheinung getreten ist, sich ein Verdrängen Polens bemerkbar macht.

An die Federgewandten!

Kollegel! Kollegin!

Die Nebaktion kann gebrauchen:

„Leben! Tatfachen! Kritik! Soziales Gleich! Bilder und Karikaturen! Betriebsmängel! Proletarische Offensive! Anführer! Schilderungen, die auch dem noch dumpfen Kollegen einhämmern: Es geht um dich! Um dein Los! Um deine Würde! Um deinen Betrieb kümmert sich die Zeitung und die Gewerkschaft! Wutseere Theorien, endlose Beweisfälle, das Angebot der Statistiken lassen die Masse der Leser kalt. Studiert die Massen, nicht nur auf den Büros und in den Versammlungen, wo nur die eifrigsten sich einfinden, sondern bei den Sensationen der Sportplätze und im Kino. Seht, wie im Silbertheater das Geschehnis nur durch schnelle Sätze, und auch diese noch in besonderen zeichnerisch anspielenden Schritten, erläutert wird. Unsere gewerkschaftliche Presse lehnt sich nicht nach Sitzungs- und Versammlungsberichten, die mit aller taktischen Vorsicht abgefaßt sind, sondern nach der Entschiedenheit, der kritischen Durchleuchtung von Betriebsmängeln. Ein kernig und urwichtig geschriebener Bericht aus einem Großbetrieb mit tausenden Arbeitern wirkt härter als ein blendender Agitationsaufsatz. Wir brauchen eine Betriebsreportage. Nicht in der gewöhnlichen kommunikativen Art, deren Unzuverlässigkeit sich von selbst abwirft, sondern unter strenger Erziehung der Betriebsberichterstatter zur Verantwortung. Viel mehr als bisher kann auf jeden Fall geschehen.“

W. Sollmann in der „Gewerkschafts-Zeitung“.

Das Kalkgeschäft im Jahre 1929.

In der Fachpresse sind über den Umfang des Kalkgeschäftes im Jahre 1929 (Monate Januar bis Oktober) verschiedene Zahlen und Ausführungen erschienen. Demnach ist der Gesamtabsatz in den ersten zehn Monaten um 40 000 Tonnen oder um 0,5 Proz. höher wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. 1928 war der Gesamtumsatz nur um 0,6 Proz. höher wie 1927. Dagegen hatte Brannkalk einen Minderabsatz von 0,6 Proz., Rohsteine so gut wie unverändert, tohlenreicher Kalk (gemahlener Kalkstein und Kalkmergel) 10,4 Proz. höher. Der Minderabsatz von Brannkalk im Jahre 1928 gegenüber 1927 wird auf den Lohnkampf in der nordwestdeutschen Eisen- und Stahlindustrie zurückgeführt. In den ersten zehn Monaten 1929 ist der Absatz von Brannkalk weiter zurückgegangen, und zwar ist er um 3,8 Proz. geringer wie in der gleichen Zeit 1928. An dem Ausfall ist das Baugewerbe, die Kalksandsteinfabriken und die Landwirtschaft hauptsächlich beteiligt. Schuld wird dem langen, strengen Winter, sowie dem empfindlichen Geldmangel gegeben.

Wie sich der Kalkabsatz in den ersten zehn Monaten 1929 und 1928 auf die einzelnen Verbrauchergruppen verteilt, ist aus folgender Aufstellung zu ersehen:

Abatz der Monate Januar bis Oktober (in 1000 Tonnen).

Verbrauchergruppen	Brannkalk einschließlich Kalkische		tohlenreicher Kalk (gemahlener Kalkstein und Mergel)		Rohsteine	
	1929	1928	1929	1928	1929	1928
Eisen- u. Stahlwerke	1084	1044	—	—	2072	1946
Kalkstoffsabfabriken	311	327	—	—	—	—
Chemische Industrie	211	203	10	14	210	249
Zuckerfabriken	4	4	—	—	148	148
Landwirtschaft	668	686	872	814	—	—
Baugewerbe	1455	1716	9	8	371	298
Kalksandsteinfabriken	206	232	—	—	—	—
Schwemmsteinfabriken	30	28	—	—	—	—
Ausfuhr, amt. Statist.	91	75	23	20	13	8
Sonstige Abnehmer	11	21	58	55	58	73
Summa	4071	4236	972	911	2870	2722

Für das Baugewerbe war das Jahr 1929 ein äußerst ungünstiges. Zuerst hat die ungünstige Witterung den Beginn der Bauarbeiten ganz erheblich verzögert, dann kam noch die gespannte Lage auf dem Kapitalmarkt dazu, welche nicht einmal die Finanzierung des Wohnungsbaues im Ausmaß des Vorjahres ermöglichte. Unter der ungünstigen Lage des Baugewerbes hatten auch die Kalksandsteinfabriken zu leiden, was dem Absatz von Kalkprodukten außerordentlich hinderlich war. Bereits im frühen Herbst sind in der Kalksandsteinindustrie Stilllegungen erfolgt.

Bei der Landwirtschaft wird der Rückgang des Absatzes von Brannkalk durch Zunahme des Verbrauchs an kohlenreichem Kalk ausgeglichen. Das ist nach den Meldungen darauf zurückzuführen, daß die Landwirtschaft der Kalkung der leichteren Böden und des Grünlandes jetzt mehr Aufmerksamkeit zuwendet wie früher. Trotzdem sei auch hier lange noch nicht der Vorrat erreicht.

Die Ausfuhr von Kalkzeugnissen ist um 23,3 Proz. gegangen, während die Einfuhr insgesamt um 13,5 Proz. zurückgegangen ist. Die Einfuhr von gemahlener Brannkalk hat dagegen um 23,7 Proz. zugenommen.

In den Berichten müssen natürlich auch wieder die Lohn-erhöhungen neben anderem als Beweis für die schwere Belastung der Kalkindustrie herhalten.

Es wäre ja auch einmal ein Wunder, wenn in den Unternehmerkreisen nicht über die hohen Löhne der deutschen Arbeiterzeitung geklagt und dagegen die niedrigen Löhne der ausländischen hervorgehoben würden. Vergleichszahlen und sonstige Angaben, die man nachprüfen konnte, werden wohlweislich meist nicht mitgeteilt. Jedenfalls bewegen sich die Löhne der deutschen Kalkarbeiter im Rahmen der Löhne der übrigen Arbeiterzeitung, sie stehen vielfach unter dem Durchschnitt. Eine Gegenüberstellung der deutschen Kalkarbeiterlöhne und der Gewinne verhältnißmäßig großer Aktiengesellschaften bzw. Konzerne in der Kalkindustrie behalten wir uns für später vor. Die Veröffentlichungen in der Fachpresse lesen sich immer so, als wenn die hohen Arbeiterlöhne sich auf der schlechten Lage einer Industrie beruhen, weil sie so unerschämter sind, Löhne zu fordern, die wenigstens zum Existieren ausreichen. Für Extravaganzen, wie sie sich ein Teil der Arbeitgeber erlaubt, haben sie noch nie gereicht.

Japanische Zementindustrie.

Ueber den Umfang der Kapitalinvestierung sowie den Umfang der Produktion in der japanischen Zementindustrie von 1909 bis einschließlich 1928 hat Dr. C. Blagmann in der Zeitschrift „Zement“ Nr. 2 vom 9. Januar 1930 Zahlen in einem Artikel veröffentlicht.

Man erfährt, daß bereits 1895 Vertreter von neun Zementgesellschaften gelegentlich zusammengekommen sind, um, wie es in dem Artikel heißt — ihre gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen zu pflegen. Aber erst 1909 ist eine organisatorische Zusammenfassung der japanischen Zementindustrie in der „Japanese Portland Cement Association“ erfolgt.

Ueber den Aufgabenzweck dieser Unternehmerorganisation wird folgendes gesagt:

1. Publizistik: Herausgabe einer, den Zement und seine Verwendung behandelnden Zeitschrift, betitelt „The Cement World“.
2. Forschung: Untersuchungen und Forschungen über Beton und so weiter.
3. Wirtschaft: Unter anderem Ein- und Ausfuhr von Zement sowie den allgemeinen Geschäftsverkehr des Vereins.

Die Zahl der dem Verein angehörenden Werke ist in der Zeit von 1909 bis 1928 von 16 auf 35 gestiegen. Hat sich also mehr als verdoppelt. Wieviel Werke die Zementindustrie Japans insgesamt umfaßt, geht aus den Angaben Dr. Blagmanns nicht hervor. Ebenso geht auch aus der folgenden Aufstellung nicht hervor, ob sich das investierte Kapital sowie Umfang der Produktion auf sämtliche oder nur auf die Werksbetriebe erstreckt. Seit Gründung der Japanischen Zementverbandes hat sich die Zementindustrie Japans wie folgt entwickelt:

Jahr	Kapital i. Yen*)	Jahreszeugung in t	Jahr	Kapital i. Yen*)	Jahreszeugung in t
1909	7 905 350	437 008	1919	31 367 205	1 108 476
1910	8 149 350	453 962	1920	39 599 842	1 350 598
1911	7 845 350	549 154	1921	47 260 660	1 551 133
1912	8 327 850	654 220	1922	51 333 955	1 856 840
1913	13 684 760	643 554	1923	55 745 250	2 239 045
1914	13 842 372	628 547	1924	65 578 000	2 195 484
1915	14 285 035	678 221	1925	66 271 330	2 504 132
1916	14 330 288	773 223	1926	77 720 323	3 200 844
1917	20 029 575	946 207	1927	99 850 475	3 527 979
1918	24 195 000	1 142 131	1928	110 613 000	3 820 671

Nach obiger Aufstellung ist zu verzeichnen, daß die japanische Zementindustrie in einer andauernden Aufwärtsentwicklung begriffen ist. Schon im Jahre 1912 ist das Aktienkapital der Werke von 8 327 850 Yen sofort auf 13 684 760 Yen gestiegen, um in der Nachkriegszeit fast im Gleichwindstempel von 31 367 205 Yen 1919 auf 110 613 000 Yen im Jahre 1928 zu steigen.

Diese starke und schnelle Entwicklung wird von Dr. Blagmann darauf zurückgeführt, daß Japan sehr häufig von Erdbeben heimgesucht wird. Das hätte die Regierung veranlaßt, zur Verwendung von Beton als Baustoff zu raten, weil diese sowohl feuer- wie erdbebenfest sei. Auch die propagandistische Arbeit des Vereins hätte dazu beigetragen, die Anwendungsbereiche zu erweitern.

Die Ziegelindustrie im Jahre 1929.

Wir entnehmen der „Frankfurter Zeitung“ die Produktions- und Absatzverhältnisse waren auch im verfloffenen Jahre regional wie hinsichtlich der einzelnen Erzeugnisse durchaus einheitlich. Gleich lag für alle Gruppen und Gebiete der wohl in erster Linie durch Kapitalmangel und die ungenügende Bautätigkeit hervorgerufene weitere Absatzrückgang gegenüber dem Vorjahr. Während z. B. bis vor wenig Jahren mindestens die bekanntesten Dachziegelmarken auch von wesentlichen Konjunkturschwankungen wenig berührt wurden, haben selbst bedeutende Dachziegelwerke im vergangenen Jahre nach dem „Baumarkt“ so schlechte Absatzverhältnisse zu verzeichnen gehabt, wie seit 40 Jahren nicht — in einem wichtigen Dachziegelgebiet betrug bei nur 50 bis 60 Proz. Produktion der Absatz nur 40 Proz. der Leistungsfähigkeit. Hier kam zu einer unzulänglichen Bautätigkeit im allgemeinen noch der Konkurrenzkampf mit dem flachen Dach und in den Grenzgebieten die ausländische Einfuhr, die sich übrigens auch in Mauerziegel mit nahezu 1 Million Doppelzentner, über 100 000 Doppelzentner Minkler und Hohlware, 50 000 Doppelzentner Sourdiz aus Italien nach wie vor sehr drückend bemerkbar macht.

Der Mauerziegelabsatz ist mit Ausnahme von Berlin durchweg stark, in manchen Gegenden um 20 Proz. und mehr gegenüber dem Vorjahr zurückgeblieben. Auch hier ist nicht nur die unzulängliche Bautätigkeit, sondern der Wettbewerbskampf mit anderen Baustoffen und Baukonstruktionen mit Schuld am Absatzrückgang, trotzdem der Ziegel gerade im letzten Jahr infolge des Eingehens auf die Rationalisierungsbestrebungen der Bauwirtschaft dauernd an Boden gewonnen hat. Allein der Absatz infolge des langen Winters und des Fehlens bereits im Jahr zuvor aufgebrauchter Baugelder bei Kommunen und Siedlungsgesellschaften konnte in der eigentlichen Bauzeit, Mai bis Juli, nicht mehr aufgeholt werden, und bereits Mitte August nahm der Absatzrückgang so scharfe Formen an, daß eine große Zahl von Betrieben es vorzog, angesichts der überfüllten Lager und geringen Aussichten auf eine nochmalige Belebung in der zweiten Jahreshälfte die Betriebe zu droffeln und vorzeitig zu schließen. Es ist anzunehmen, daß in den meisten Gebieten bei 70- bis 80proz. Ausnutzung der Werkkapazität nur 50 bis 70 Proz. der Produktion an Mauerziegel abgesetzt werden konnten. Die in Verkaufsvereinbarungen beschlossene Einfuhrbeschränkung lag im Jahresdurchschnitt etwa bei 50 Proz. der Beteiligungsziffern. Einige marken günstige Absatzverhältnisse lagen nur in einem Teil großer städtischer Verbrauchszentren oder großen Siedlungsgebieten vor, während ländliche Absatzbezirke fast keinen Verbrauch aufzuweisen hatten, wenn nicht, wie z. B. in Bayern, Naturkatastrophen stark gefüllte Lager der Dachziegelwerke leerten. Die Kreise waren dementsprechend mit wenig Ausnahmen, darunter Berlin, wo infolge des Zusammenbrüchens der Bauaufgaben und, trotzdem acht zehntel der Gesamtproduktion bis weit in den Herbst hinein zu Frühjahrsbereiten abgefloßen war, die Kreise infolge dieser Verhältnisse anogen, stark gedrückt, vor allem auch in Markenware, wie Dachziegel, Minkler und Hohlziegel.

Die Zahlungsbedingungen waren sehr schleppend und Verluste infolge Zahlungsunfähigkeit baugewerblicher Abnehmer häufig. Die Zahlungsziele erreichten vielfach ein unerträgliches Maß. Es munkten deshalb vielfach Kredite zu rinstücken und in einer Höhe aufgenommen werden, deren Tilgung die Werke mit Sorge erfüllte. — In organisatorischer Hinsicht schritt deshalb die Bildung von Verkaufsvereinigungen im vergangenen Jahr stark vorwärts, auch führten die neuen Bauaufgaben zur Bildung eines Fachverbandes der Hohlziegelindustrie.

Australische Steinzeugarbeiterverhältnisse.

Ueber Arbeitszeit und Löhne in der Ton- und Steinzeugindustrie in Australien wird in Nr. 1 der „Tonindustrie-Zeitung“ vom 2. Januar 1930 in einer Notiz berichtet. In der Notiz wird zuerst der Rohmaterialabsatz und Herstellung der Erzeugnisse bei der Firma Melbourne Pottery Co. u. G. geschildert. Die Firma besitzt zwei Fabriken, und zwar eine in Coburnham, welche Kanalisationsröhren, die andere in Brompton, die Kanalisationsröhren, Dachziegel, Drainröhren und feuerfeste Steine herstellt.

* Yen = 2,092 RM (Parität).

Beschäftigt sind bei dieser Firma insgesamt 120 Arbeiter und Angestellte.
 Die 44stündige Arbeitswoche sei in der Textilindustrie allgemein eingeführt. Entweder werde an 5 Wochentagen je acht und Sonnabends 4 Stunden gearbeitet, oder man verteilte die 44 Stunden auf die Tage von Montag bis Freitag, um dann den Betrieb auf 2 Tage fast ganz zu schließen.
 Die Löhne schwanken zwischen 90 und 110 Schilling pro Woche (1 Schilling = 1,02 RM). Die Kosten für Lebensnotwendigkeiten, wie Wohnung, Kleidung, Nahrung usw. sollen etwa 20 Proz. höher als in Deutschland sein.
 Die Gesamtbesteuerung eines verheirateten Arbeiters mit 2 oder 3 unermüdeten Kindern beträgt bei einem Jahreseinkommen von 5000 Schilling etwa 2 Proz. im Jahr.
 Es ist allerdings nicht angegeben, ob bei der Gesamtbesteuerung auch die indirekten Steuern mit einbegriffen sind, aber nur die direkten. Beim deutschen Arbeiter ist schon die Lohnsteuer bei einem Einkommen in der Höhe — wie oben angegeben — bedeutend höher.

Auch wenn man die höheren Lebenshaltungskosten in Australien gegenüber Deutschland in Rechnung stellt, wird man zu der Auffassung kommen müssen, daß die Lebenslage des australischen Steingearbeiters eine bessere wie die des deutschen ist.

Groß-Strehlitz und Tarnau O/S.

Nach dem Rezept: „Hinein in den Wertverein und — alle Klassegegensätze sind verschwunden“, arbeitet, wie viele andere Kalkwerksbesitzer, der frühere Major Ebling, in Tarnau, bei der Kalkwerke Gebr. Ebling in Groß-Strehlitz und Tarnau. Wie schon so oft mal in den vergangenen Zeiten, so bemühte sich kurz vor Weihnachten Herr Ebling wieder um die Seele seiner Arbeiterklasse. Gerade vor Weihnachten hatte er sein soziales Herz entdeckt. Alle Arbeiter sollten ein Weihnachtsgeschenk erhalten und als Gegenleistung dafür in den Wertverein eintreten. Ein Teil fiel auf diese Manipulationen herein. Aber nicht lange sollte diese Freude und Harmonie dauern. Gleich nach Neujahr baute Herr Ebling einem Teil der unter

schlechten Verhältnissen arbeitenden Akkordarbeiter die Akkorde ab. Dem überwiegenden Teil der Arbeiterklasse wurde der tariflich festgelegte Urlaub überhaupt nicht oder nur zu Bruchteilen gewährt. Auf diese Weise verfuhr der Arbeitgeber, die in seiner Geschäftstätigkeit vorhandene Lücke zu kompensieren. Lohndruck ist auch für den Arbeitgeber das einfachste Mittel zur Verbesserung des Profits. Diese Zumutung hat die Arbeiterklasse bereits mit dem Beitritt zum Keramischen Bund, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, beantwortet, um so die Möglichkeit zu schaffen, mit diesen unwürdigen Zuständen ein Ende zu machen. Es liegt nun an der Belegschaft selbst, Hand in Hand mit dem Betriebsrat und dem Verband für bessere Verhältnisse zu sorgen. Und nun auf und dran, bis auch die letzten Arbeiter dem Keramischen Bund, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, angehören.

Polen.

Aus der „F.“ und „S.“: Nachdem erst kürzlich sieben polnische Zementfabriken unter Führung des Firley-Solbathkonzerns zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen wurden, scheint jetzt auch die Wolyn-Whofagruppe ihre wirtschaftliche Macht stärken zu wollen. In letzter Zeit werden nämlich die Aktien der Zementfabrik „Saz“ an der Warschauer Börse von einer Interessengruppe eifrig aufgekauft. Die Werte, die bislang weit unterhalb ihres 10 Pfennig betragenden Nominalwertes lagen und fast gar nicht umgesetzt wurden, erjubeln jetzt eine Aufbesserung ihres Kursstandes um nahezu 50 Proz. In welcher Form sich die bevorstehende Konzentration vollziehen wird, ist vorerst ungewiß; jedenfalls scheint sich eine zweite Gruppe unter bestimmendem Einfluß Wolyn-Whofas als Gegengewicht gegen die Firley-Solbath F. G. zu bilden. Im übrigen findet dieser Tage in Lemberg eine gemeinsame Konferenz der Mitglieder des Zementindufas statt, die in erster Linie über die Verlängerung der Syndikatsabrede sowie die Stellung des Syndikats zu der neugegründeten Fabrik „Saturn“ zu beraten haben wird.

Mehrheit dem Arbeiterstande angehört. Und das muß leider konstatiert werden. Was Zentrumspartei und Nationalsozialisten für die Arbeiterinnen getan haben, kommt in fast allen Fällen auch nur auf eine Verhöhnung ihrer Forderungen auf Gleichberechtigung hinaus. Viel Aufklärung gibt es allerorts noch zu leisten. Aber wir dürfen hier auch nicht unterlassen, daß die sozialistischen Stimmen uns beweisen, daß die Frauen eben so gut gewählt haben wie die Männer. Hier handelt es sich nämlich um die Frauen, die im Kampf um gewerkschaftliche und genossenschaftliche Ziele eine entscheidende Rolle spielen. Sie sind in unserem Beispiel politisch bestimmt nicht „rückständiger“ als die Männer. Es wird an den Frauen und an den Männern liegen, dem Sozialismus weitere Kräfte zuzuführen. Die Zahl der Frauen, die von den bürgerlichen Parteien noch durch religiöse Beeinflussung, durch wirtschaftlichen Druck und politische Demagogie für arbeitereindliche Zwecke an die Wahlurne gebracht wurden, wird sich um so mehr verringern, als die zielbewußte, sozialistische Frauenarbeit (auch von den Männern) freudig begrüßt und unterstützt wird. A. J.

Die Dewog erhöhte ihr Kapital.

Die Dewog, jene erfolgreich arbeitende gewerkschaftliche Wohnungsgesellschaft, hat ihr Aktienkapital von 1 auf 3 Millionen Reichsmark erhöht. Diese neuen Mittel werden mit dazu beitragen, daß dieses Institut seine erfolgreiche Tätigkeit fortsetzen kann. Von der Dewog bzw. den ihr nahestehenden Gesellschaften wurden in den Jahren 1924/25 3500 Wohnungen errichtet, 1927 bereits 4000, 1928 7750 und im laufenden Jahre sollen es etwa 7000 werden. Die Hälfte der Wohnungen sind Betreuungsbauten, die andere Hälfte Eigenbauten der Dewog angeschlossenen Organisationen. Insgesamt haben die errichteten Wohnungen einen Wert von 110 Mill. RM. Das sind Erfolge, die sich sehen lassen können.

Volksfürsorge.

(Versicherungsbestand.) Die Volksfürsorge, Versicherungs-gesellschaft der deutschen Arbeiterklasse, zählte Ende des Jahres 1929 einen Bestand von rund 1.925.000 Volks- und Lebensversicherungen mit etwa 786 Millionen Reichsmark Versicherungssumme. Der Zahl der Versicherten nach steht sie an der Spitze sämtlicher deutscher Lebensversicherungsunternehmen; hinsichtlich der Gesamtversicherungssumme dürfte sie voraussichtlich an dritter Stelle stehen.

Sau 12, Zahlstellenleiter-Konferenz.

Zur Zahlstellenleiterkonferenz am 4. und 5. Januar, welche nach den Männern des Pfalzbaues einberufen war, hatten 15 Zahlstellen 49 männliche und 6 weibliche Delegierte entsandt, nicht vertreten war die Zahlstelle Hockenhauen. Es waren von den 1. und 11. Bevollmächtigten 25 Kollegen erschienen, darunter 9 Angestellte. Nach Industrien geordnet waren Delegierte aus 8 Industrien anwesend.
 Kollege Schreiber eröffnete die Tagung. Zu Vorsitzenden wurden die Kollegen Schreiber und Deringer (Ludwigshafen) gewählt. Anschließend hieran behandelte zu Punkt 3 der Tagesordnung der Kollege Kern (Ludwigshafen) Die Einführung der neuen Klassenbücher.
 Die Diskussion bewegte sich im allgemeinen im Rahmen der Zustimmung; wenn auch Worte der Kritik laut wurden, dann aus dem Grunde, daß der Mensch so sehr an dem Althergebrachten hängt und sich schwer zu Änderungen bereit findet. Wenn das Wort Bürokratismus fiel, so hatte der Kollege Kern recht, wenn er in seinem Schlußwort darauf verwies, daß mitunter auch dieser in gewissem Grade notwendig sein könne. Zu seinem Ergebnis für die Delegierten gestaltete sich die nach einer Pause von einer Stunde durchgeführte Ausführung unseres

gewerkschaftlichen Zusammenschlusses den Ansturm unserer Gegner zu bezeugen wissen. Zum Schluß erfolgte nach Diskussion hierüber die Annahme nachstehender Resolution:

Entscheidung.

Die Zahlstellenleiterkonferenz des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Sau 12, am 4. und 5. Januar 1930 in Ludwigshafen am Rhein, nahm zu den staats-, wirtschafts- und sozialpolitischen Verhältnissen in Deutschland Stellung. Sie konstatierte, daß die gegenwärtigen Kämpfe um Staat und Wirtschaft nichts anderes bedeuten, als ein Kampf gegen die wirtschaftlich und politisch organisierte Arbeiterklasse, unter dem Schlagwort „Gegen Wirtschaftsdemokratie, gegen Sozialismus, und Marxismus“.
 Diese Kampfeinstellung der Arbeitgeber und sonstigen Wirtschaftspolitiker gegenüber der arbeitenden Bevölkerung bedeutet nichts anderes als ein eigenütziges Bestreben, alle Reparationslasten auf die Schultern der arbeitenden Klasse abzuwälzen, die Rechte der Arbeiterklasse in Produktionsprozess zu beschneiden und ihre Existenzmöglichkeit weiter herabzudrücken, was zu einer vollständigen Verelendung der arbeitenden Bevölkerung führen muß.
 Die Nationalisierung hat Tausende von Menschen existenzlos gemacht. Um diese wieder in den Produktionsprozess hineinzubringen, muß die heiligste Aufgabe der Arbeiterklasse sein, eine Verfürgung der Arbeitszeit zu erringen.
 Wenn die Nationalisierung nicht zu einer verbilligten Herstellung, zur Senkung der Preise, nicht zu einer Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit, zur Hebung der Kaufkraft und damit zu einer Verbesserung der Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung führt, dann hat sie ihren volkswirtschaftlichen Sinn verfehlt.
 Um den Ansturm des Unternehmertums, der Bank- und Börsenmenschen auf Staat und Wirtschaft abzuwehren, um eine weitere Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterklasse zu verhindern und eine Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit zu erzielen, bedarf es aber des Zusammenschlusses aller Arbeiterinnen und Arbeiter zu einer geschlossenen, einigen und starken Organisation.

Verbandsfilmes „Aufstieg“.
 Von nunherin sei gesagt, daß man den Hauptvorstand hierzu nicht allein aus dem Grunde, daß ein beweglicher Film geschaffen würde, sondern noch vielmehr, um die derselbe geschaffen wurde: Ein Denkmal unserer Verbandskämpfe, ein Mahnzeichen unserer Jugend muß man diesen Film nennen. Eine Sinfonie der Arbeit, daneben ein unerbittlicher Kampf zweier Weltanschauungen entrollt sich vor den Augen der Delegierten. Giganten unseres Maschinenzeitalters stehen an unseren Augen vorüber, dazwischen hinein spielt der Kampf unserer entlebenden Organisation, am Einzel- wie Massenschicksal beweisend. Zahlen sprechen am Ausgang des Films eine so deutliche Sprache, daß jeder Teilnehmer erschüttert und begeistert zugleich am Ausgang der Vorführung im stillen umerwartete Treue und Kampfbegeisterung der Organisation schwor.

Am Sonntag, früh 9 Uhr, fand die Konferenz ihren Fortgang mit einem Referat des Kollegen Schreiber über: **Tätigkeitsbericht und Rückblick auf das Bestehen des Gaaes.**

Bei Entfesseln der Gewerkschaften waren diese vorerst nur Kampforganisationen mit allerdings äußerst niedrigen Beiträgen. Im Laufe der Jahre kam aus dem Willen der Mitglieder heraus die Neugestaltung unserer heutigen Unterhaltungsrichtungen, die uns unbestreitbar stark nach vorwärts gebracht haben. Das trifft selbstverständlich auch auf unseren Gau zu, der schon im Jahre 1899 seinen Sitz in Mannheim hatte. Nach jahrelanger ehrenamtlicher Verwaltung erfolgte im Jahre 1904 die Anstellung des Kollegen Prüßel, der vor allem an die Zusammenfassung bestehender Zahlstellen und Schaffung von Bezirkszahlstellen ging. Aus der Schilderung damaliger Verhältnisse läßt sich die Engherzigkeit zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß glänzend nachweisen. Die geographische Größe des Gaaes, welcher die Pfalz, Elsaß-Lothringen, Nord-Baden und Teile von Hessen umfaßte, kennzeichnete zugleich die enormen Schwierigkeiten, welche zu bewältigen waren. Ueberleitend auf die heutigen Verhältnisse kennzeichnet der Referent unsere heutigen Aufgaben des Gaaes, an dessen Spitze er nunmehr seit 18 Jahren steht. Festgestellt könne werden ein erfreuliches Aufwärtss und Vorwärtss, aber genügen könne es keinesfalls, darum seien die Delegierten verpflichtet, jeder seinen Teil zum weiteren Ausbau unseres Gaaes beizutragen. In der anschließenden Diskussion wurde allgemein die Tätigkeit aller früheren Funktionäre rühmend anerkannt und ihnen zugleich unser Dank zum Ausdruck gebracht.

Hierauf schloß sich der Bericht des Kollegen Deringer über die Verbandsbeiratsführung in Hannover, über die ja in den Verbandsorganen berichtet wurde.

Als letzten Tagesordnungspunkt behandelte Kollege Schreiber das Referat: **Um Staat und Wirtschaft und die Stellung der Arbeiterklasse wie Gewerkschaften hierzu.**

Der Referent behandelte die Fragen der Wirtschaftsgestaltung in kommender Zeit nach den Bestrebungen unserer Gegner. Hierbei kennzeichnet er besonders den Kampf um die Sozialversicherung und um die Steuer... en. Wirtschaftszahlen beweisen, daß die Wirtschaft durchaus nicht absteigende Tendenz aufweist, steigen doch sogar die Ausfuhrziffern. Zur Frage der Bilanzen sei zu sagen, daß es kein Geheimnis mehr sei, daß dieselben oft verschleierte würden. Die Sachverständigenverhandlungen bringen in ihrer Auswirkung das Bestreben der Industriekapitäne, die Alleinbahnherr der Ermäßigung zu sein. Einzufragen, daß die Zukunft vollständig unklar sei, in Anbetracht der zur Zeit im Haag stattfindenden Schlichtungsverhandlungen. Typisch sind vor allem die Bestrebungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in der Anleihenfrage, mit dem gleichzeitigen Ruf nach dem Sparbüchlein. Innerhalb der Betriebe arbeite man mit einem angeblich wissenschaftlichen System, dem Bedarfsystem, um die Ausbeutung der Arbeitskraft vollkommen zu machen. Gegen alle diese Bestrebungen heiße es sich wehren und durch starken

Deshalb sind alle Zersplitterungsbestrebungen der äußersten Rechten, wie der äußersten Linken abzulehnen. Solche Zersplitterungsbestrebungen bedeuten besonders in dem gegenwärtigen Kampf um Staat und Wirtschaft weiter nichts, als eine Unterstützung des Unternehmertums zur Niederbringung der arbeitenden Klasse.

Das Jahr 1930 ist ein Kampfesjahr von höchster Bedeutung für die Arbeiterklasse Deutschlands, und fordern wir deshalb die unorganisierte Arbeiterklasse in den für den Verband der Fabrikarbeiter zuständigen Industrien auf, sich ihrer Berufsorganisation, dem Verband der Fabrikarbeiter, anzuschließen, wenn sie nicht zum Steigbügelhalter des Unternehmertums werden will. Unsere Lösung muß deshalb sein: „Vorwärts und aufwärts“, damit der Mensch nicht zu einer Ware heruntergedrückt wird, die man dann nach hohler Ausnutzung und Ausbeutung achlos zur Seite wirft.

Mit diesem Referat hatte die anregend und geistig auf gewisser Höhe stehende Konferenz ihr Ende erreicht. Besonders Dank gebührt am Schluß noch der Zahlstelle Ludwigshafen für die technische Durchführung der Konferenz.

Bemerkenswerte Wahlstatistik für Frauen.

Innerhalb und außerhalb der Betriebe gibt es öftermal eine Diskussion darüber, ob Frauen „politisch rückständiger“ seien, als Männer. In Berlin haben bei der letzten Stadtverordnetenwahl zum erstenmal Frauen und Männer getrennt gewählt. Das Ergebnis ist in mehr als einem Punkt interessant. Von den insgesamt 3.283.933 Wahlberechtigten waren 1.812.494 wahlberechtigte Frauen und 1.476.439 wahlberechtigte Männer. Abgegeben wurden 1.201.969 Frauenstimmen und 1.092.309 Männerstimmen.
 Beachtenswert ist die Stimmenverteilung auf folgende Parteien:

	Frauenst.	Männerst.
Sozialdemokratische Partei	342.017	309.718
Deutschnationale Partei	240.771	163.861
Kommunistische Partei	257.501	307.776
Nationalsozialisten	61.893	70.204
Zentrum	50.590	30.814

Es ist nun ganz bestimmt nicht überall so wie in Berlin. Wir haben auch keine Veranlassung unsere besondere Befriedenheit zu bekunden. Obwohl Frauen- und Männerstimmen haben die Gegner der sozialen Tätigkeit in der Kommune erhalten. Sene Frauen, die Deutschnationale gewählt haben, und damit den ursprünglich größten Gegnern des Frauenwahlrechts ihre Stimme gaben, handelten sicher falsch, wenn — sie in ihrer

Preisanschreiben für Unfallverhütung!

Ein viel allgemeines Preisanschreiben, das sich weniger an Fachleute als vielmehr ganz allgemein an die Arbeiterklasse richtet, erklärt die Unfallverhütungsgesellschaft G. m. b. H. beim Verband der Deutschen Berufsvereinigungen, Berlin W. 9, Köthener Straße 37, in ihrem neuesten Unfallverhütungskalender für das Jahr 1930. (Zu beziehen von der Unfallverhütungsgesellschaft G. m. b. H.) Hier wird nur ganz allgemein eine Idee für ein Bild gesucht, welches als Plakat für die Verbreitung des Unfallverhütungsgedankens verwendet werden kann. Als Preise sind ausgesetzt: 1. Preis: 500 RM.; 2. Preis: 300 RM.; 3. Preis: 200 RM. Letzter Termin für die Einreichungen ist der 31. Mai 1930. Die Bildvorschläge sind auf einer Postkarte an den Verband der Deutschen Berufsvereinigungen, Berlin W. 9, Köthener Straße 37, einzuliefern. Kennwort: Kalenderpreisanschreiben. Auf der Vorderseite der Postkarte außerdem die genaue Anschrift des Einsenders, auf der Rückseite der Postkarte die Idee für das Bild. Andere Einreichungen bleiben unberücksichtigt. Nicht die Ausführung, sondern die Idee wird gewertet!

Bei dieser Gelegenheit sei nochmals darauf verwiesen, daß das vom Verband der Deutschen Berufsvereinigungen anlässlich der Reichs-Unfall-Verhütungswochen (RMW) im Februar-März 1929 erlassene Preisanschreiben bereits entschieden ist. Ein 1. Preis wurde nicht verteilt; der dafür ausgeworfene Betrag wurde zur Erhöhung der Trostpreise verwendet. Der 2. Preis fiel auf den Ausdruck „Wahrscheinlich“, der 3. Preis wurde der Lösung „Umsicht! Vorsicht! Rücksicht!“ zuerkannt.

Literarisches.

„Der Betriebsrat“, Ratgeber über das Betriebsrätegesetz für alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber von Friedrich Kleis. Bürgermeister in Aschersleben. (Heft 19 von Wordels Schlüsselbüchern.) 40 Seiten. Verlag Friedrich A. Wordel, Leipzig C. I., Königstraße 26 B. Einzelpreis 70 Pf., bei Partibelstellungen von 10 Stück an Ermäßigung. Der Betriebsrat steht mitten im Brennpunkt der widerstreitenden Interessen der einzelnen Arbeitgeber und der Arbeitnehmer ihrer Betriebe. Welche Aufgabe dem Betriebsrat vom Gesetzgeber dabei zugewiesen ist, schildert Kleis in gemeinverständlicher Weise.

„Das Tarifvertrags- und Schlichtungswesen“, Ratgeber über die Festlegung kollektiver Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber von Bürgermeister Kleis. (Heft 20 von Wordels Schlüsselbüchern.) 46 Seiten. Verlag Friedrich A. Wordel, Leipzig C. I., Königstraße 26 B. Einzelpreis 70 Pf., bei Partibelstellungen von 10 Stück an Ermäßigung. Jede Seite dieses Büchleins zeigt das in eigener Praxis erworbene Wissen des Verfassers. Von der geschichtlichen Entwicklung der kollektiven Regelung der Arbeitsbedingungen ausgehend wird zunächst das Wesen des Tarifvertrages, seine Arten und Formen erläutert. Weiter werden behandelt die Zwangswirkung der Tarifverträge, das An- und Abmelden der Tarifverträge, vereinbarte Schlichtungsstellen, die behördlichen Schlichtungsausschüsse und die Schlichter, die Verbindlichkeitsverpflichtungen von Schlichtsprüchen usw. Mit dem vorliegenden Werk ist die Darstellung des ganzen Arbeitsrechts in der bekannten Sammlung von Wordels Schlüsselbüchern, Band „Arbeitsrecht“, von Doktor Franz Goerlig: Ersatzblätter, Serie 5. Preis mit dem vollständigen Werk 12,50 RM. Verlag Friedrich A. Wordel, Leipzig, Königstr. 26 B. Die vorliegende 5. Serie bringt in der Hauptsache den neuen Wortlaut der Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und eine Reihe kleinerer Änderungen.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S. 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3,60 RM., für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 RM.
 Dr. Gustav Hoffmann, Heilige Kampft, Verlag für sozialistische Lebenskultur, Hannover-Kirchrode, 1930. Preis kart. 1,80 RM., in Ganzleinen mit Goldprägung 2,80 RM. Der stete Kleinkampf zermüht, wenn er nicht mit einem stolzen Glauben an eine große Sache getragen ist. Diesem Glauben an die Freiheit soll der „Heilige Kampf“ dienen. Er soll die arbeitenden Menschen rütteln, den Abgekämpften belehren und jeden einzelnen befeuern, der seit langen Jahren auf diesem Gebiet an unserem Verbandsblatt arbeitet, behandelt in seinem neuen Buch alle großen proletarischen Ideen.
 „Soziale Bauwirtschaft.“ Davon ist vom 10. Jahrgang Heft 1 erschienen. Der Bezugspreis beträgt monatlich 75 Pf. Preis für einzelne Nummern 20 Pf. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Inselstr. 6. Wer etwas mit der Bauwirtschaft zu tun hat, muß Leser dieser Zeitschrift sein, wenn er mit seinen Kenntnissen auf dem laufenden bleiben will.

Ausprüche.

Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3a des Verbandsstatuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Stahlfurt: Willi Gerner, Münch.-Kr. S II 33125.

Arbeitsmarkt.

(Inerate unter Chißre werden nicht aufgenommen.)
 Lübecker Porzellanfabrik sucht tüchtige Maler für Handmalerei, Stahlruck usw. Referenzen und Lohnansprüche erbeten an die Lübecker Porzellanfabrik G. u. C. Carlens in Lübeck (4/30)
 Junger, lediger Glasmachergehilfe, eingearbeitet auf Zylinder- und Konfervengläser, sucht alsbald Stellung. Angebote an Gewerkschaftsbüro Leipzig, Langenauer Straße 35.
 3 junge, ledige Dreher und Wiewer, in allen vorzukommenden Arbeiten der Dreherei und Wiewerei vertraut, suchen Stellung. Angebote unter „S. 4/30“ an die Redaktion erbeten.

Krussi-Che.

Aus dem Ehe- und Liebesleben der Krussi-Galla in Abyssinien.
Von Ernst Heinrich Schrenzel.

Von dem Verfasser dieses Artikels erschien bei der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreißundstraße 5, ein reich illustriertes, vornehm ausgestattetes Dreimärkchen „Abyssinien, Land ohne Sünge, Land ohne Zeit“.

Dgito liegt genau am Rande der ungeheuren dunklen Scheibe, die in die sonnendurchglaste Steppe gesenkt ist, blinzelt in das flimmernde Licht, in das schon seine braune Hand greift, wenn sie die sorgsam gefalteten Büschel Heu in das offene Maul des Kameles steckt. Weit hinter ihm ragt der Stamm des wilden Feigenbaumes wie ein wichtiger, tief zerklüfteter Fels auf, und die wunderbarste Krone dieses Riesens macht aus Tropenjunglut einen wohligen Bezirk tiefen Schattens, in dem sich Herden sammeln, Karawanen ruhen, ganze Dörfer ihren Markt abhalten. Das Kamel vor Dgito aber steht schon im grellen Licht, frißt gemächlich das dargebrachte Heu, wiegt den Kopf und schauert sich in langsamem Hin- und Herbewegen das Hinterteil an einem Dornbusch. An einem seiner Beine hockt wie ein Specht ein Madenhacker und schlägt mit dem Schnabel in die Haut, die wie rissige Baumrinde die Sehnen umkleidet. Dgito blinzelt durch die vier Säulen seiner Beine über das dürre Steppengras und die blühenden Auen hinweg auf den Markt, der seine reichsten Wellen über den Sand rollt, und auf das jeweilige Ufer, wo vor den bläugrünen Leuchtern einer Kandelaberleuchte eine Statue aus Bronze in der Sonne zu tanzen scheint. Stundenlang schon liegt er hier flach auf dem Boden, mechanisch seinem Kamel die Bissen bereitehend, und da drüben wächst das Krussimädchen. Das heißt: auf einer Kuhhaut, die in einer Sandmulde liegt, treten zwei nackte Füße rhythmisch ein paar nasse Leinwandstücke. Blaue Glasperlen glihern an den Fußgelenken, leicht heben und senken sich die Knie und die schwingen Schenkel, ein kleiner Vorderschurz deckt die Scham, wenn er nicht gerade im Winde flattert, und über ihm wiegt sich der junge Leib, zittern die Brüste im Sprung, kreuzen sich die Hände unterm Nacken, dessen fates Braut in der Sonne leuchtet. Sie singt zu diesem Tanz des Wädhewahmens, zu dieser spielerischen Hausfraulichkeit tief im Krussiland.

Dgito blinzelt durch die Sonne zu ihr hin und sieht oft nach ihrem Kopf, der das Haar in vielen feinen Zöpfchen trägt — Zeichen ihrer Jungfräulichkeit. Jetzt hält sie inne im Tanz, wagt das Bündel in fliegendem Wasser und rüftet sich zum Heimweg. Da ruft Dgito hinüber: „Du, Mädel, wie heißt du?“ — „Lemenjut, Tochter des Wotaz Kroba.“ — „Und du?“ — „Dgito, Leichensohn.“ — „Und wo liegt der Kral deines Vaters?“ — „Hinter dem zweiten Kaktushügel. Mein Vater hat siebzehn Kinder. Er hat drei Strauße gefangen.“ — „Guten Tag!“ — „Sie hat einen Krug Wasser auf's Haupt gehoben, die Wäsche auf eine Schulter gelegt und geht langsam fort.“ — „Guten Tag.“ Dgito ist nicht aufgestanden. — Er liegt noch ein paar Stunden, immer am Rande des Schattens, dem er mit der wandernden Sonne nachrückt, und ist das elastische, flache Brot und etwas rohes Fleisch, das er in einem Lederfad neben sich liegen hat. Abends legt er mit seinem Kamel den kurzen Weg zu seinem Hofe zurück.

Tage vergehen. Da sprengt ein Reiter mit buntgejagtem Pferd über den Abhang des zweiten Kaktushügels, hält sein Tier vor der Dornenhecke eines Gehöftes an, und der kleine Diener, der neben ihm einherläuft, ruft den vor der Tür hockenden Männern zu: „Schließt auf, mein Herr Dgito will euren Herrn Wotaz Kroba sprechen.“ Da öffnet sich die Tür des Hofes, und der ihren Pfosten springt der Reiter ab, seine Lanze und die Fägel des Pferdes seinem Jungen übergebend. — „Wie geht es, Wotaz Kroba?“ — „Gut mit Gottes Hilfe. Wie euch?“ — „Auch mir mit Gottes Hilfe gut.“ Die beiden Männer, braun, glänzend, und bis auf einen Vorderschurz nackt, machen voreinander mehrere förmliche und sehr elegante Verbeugungen. „Wie geht es eurem Hause, Wotaz Kroba, euren Pferden, Kindern, Hammeln, Vicern, Kindern — wie geht es euren Frauen?“ Jede Frage wird mehrmals gestellt, mehrmals beantwortet, stets von Verbeugungen begleitet. „Nehmt hier Brot, Fleisch, Honigwein, Bier“, sagt der Wirt, und die Diener stellen alles auf einen Leppich auf die Erde. „Mein Haus ist, wie Ihr seht, erst allmählich frei.“ Die Frauen des Wotaz Kroba ordnen nämlich in dessen gepolsterte Näben, indem sie dieselben rings um das ganze, runde Haus legen, einen neben den andern, langsam um das Gebäude schreitend und so jeden Eingang verschließend. Die beiden Männer aber — im Kreis ihrer Diener vor dem Haus sitzend — reden vom Weiter, von der Jagd. Und nur, als Lemenjut zum vierten Male mit ihrer Spindel vorbeikommt, sagt Dgito wie zufällig: „Dieses ist Eure Tochter Lemenjut. Sie ist gut gebaut.“ Darin geht er. Und der alte Wotaz Kroba hat wohl verstanden, daß dies die Werbung war.

Sein zweiten Besuche Dgito wird sie formell und rein sachlich ausgesprochen, und die beiden verhandeln auch sogleich über den Preis, den der Freier für das Mädchen wird zahlen müssen: zwölf Kühe, drei Schaffeln Honig, ein Maultier, das im Kajaang läuft, eine Lanze für den Schwiegervater und ein Kinn für dessen Frau. Die Sache wird mit Handbitteln abgemacht, und die nächsten Wochen gehören nur der Erfüllung dieses Vertrages. Dgito bringt bei jedem folgenden Besuche etwas von den verprochenen Sachen mit, bis auf die Kühe, die er dem Schwiegervater erst am Hochzeitszuge übergeben wird. Der macht nun Besuche bei allen Freunden und Verwandten, die ihm nach und nach die ganze Ausstattung seiner Tochter — ein Kinn, ein Gürtel, einen Kamm — übergeben.

Der Vater des Bräutigams aber hat eine schwerere Pflicht. Er sucht den „Alange“, den Brautführer, der nach der Landesart zugleich der vorbestimmte Liebhaber der Braut sein muß. Sobald er ihn gefunden hat und mit ihm handelseinsig ist, wird der Hochzeitszug bestimmt und bald unter großen Festlichkeiten begangen. (Schluß folgt.)

Der Teufel im Maschinenhaus.

Von Ernst Heinrich Schrenzel.
Von Lui Bipin.

Ein großer Motor macht seinen üblichen Spektakel im Maschinenhaus. Bei jedem heißen Schwanz bläst er stinkige Gasflut aus. So ist es eben bei diesen großen Sauggasapparaten. Manchmal radeelt es ganz toll im Maschinenhaus, es blüht und kracht, und die Nachbarschaft sagt, man meint grad, der Teufel ist im Maschinenhaus.
Aber es ist gar kein Teufel drinnen. Die Firma, die den mächtigen Motor mit Sauggasanlage geliefert hat, wird vom Fabrikanten auf die Garantievertragsklausel aufmerksam gemacht. Denn der Motor hat die letzte Zeit öfter verlegt, es ist ab und zu keine Förderung hervorzu bringen, es explodiert nur die eine Zeit und macht sich zum Spoh ganz nette Kanonenklänge. Es wackelt Hütten und Häuser.

Drum schickt die Firma einen technisch erfahrenen Motormann, einen Gasmacher, wie er im Buche steht. Der soll den Motor wieder herbringen. Müg ihn herbringen laut Kaufvertrag.

Freilich bringt ihn der Fachmann aus Sachsen — Dräbnu soll seine Heimat sein — also, da schauelt das Ding schon, aber die Arbeiter müssen stundenlang am großen Schwungrad drehen — übrigens sind's zwei, eins haben das andere drüben, doch die Sache kinnit nicht gaus.

Der Motorführer Onkel Krautkohl läßt Luft drauf zum Antrieb, und immer wieder Luft drauf, wobei er zum Gaudium der dampfgebadeten Schwungradendreher lobt und schimpft: „Der gottwarfluchte Krüppel zündet halt net... der elendige...“

Wie alle Nuttriebsluft verpulvert ist, nun, da hat der Fachmann aus Sachsen seine zwölf Töpfchen Caffee od' fertig im Bauch und ä Duhen Ruderhörns, und nun „gönnt“ er. Und sagt: „Eich, du liebes Gottchen, Scherr Krautkohl, ihre Männche streicheln sich bloß am Schwungrad rum...“

Bei Krautkohl kommt er an den rechten. Der lacht, so lacht er, daß es ärger bunnert, wie die fixen Luftschläge: Hohohaha... Leute, geht's amal weg und laßt den Herrn Fischenäär am Rad drehen, der „ganns“ besser wie wir alle miteinander...“

Und wirklich, der Herr Fischenäär macht sich hembärmeln, schwißt aber schon vom zuschauen, wie die anderen am Rad drehen, und sagt: „Kakt's mal stehen, das Rädlein... ich will bei die Gas nachjahn...“

Der Fachmann schaut nach, der Fischenäär dreht am Generator, Gas gibts, das es knallt, und siehste, zwei Minuten später saulen Schwungräder, Kolben, Gleichgewichte, kurz und gut, der Betrieb klappt.



Rothenburg o. T. (Marksturm).

Der Fabrikherr kommt über den Hof rüber, strahlt wie die Morgenjonne, reicht dem Motormann aus „Dräbnu“ die Hand mit der Anbietung einer Morgenjagare. Dann machen die zwei Herren einen Rundgang durch den großen Fabrihof.

Der Jachl Krautkohl knurrt: „I brauch ja la Zigar... aber rausstiegen tu ichs doch noch, was der Herr Fischenäär unterm Alten alles weismacht... dös kria ich scho noch raus...“

Und nun wirft er Kohlen nach, gashaltige Kohlen, das andre muß der Generator besorgen. Selber Gas machen.

Der Jachl Krautkohl braucht tatsächlich gar nicht lange darauf zu warten, bis er erfährt, was der Ingenieur mit dem Fabrikanten besprochen hat. Schon am anderen Morgen fliehen in allen augenfälligen Richtungen innerhalb der Fabrikräume maschineneigebene, von der Firma abgestellte „Verlautbarungen“. Diese belegen von ungefähr: Durch die häufigen „Störungen“ sammelt sich ein großer Verlust von leerlaufenden unproduktiven Arbeitsstunden an. Das wird eine für die Firma, da sie ja das Radumdrehen zahlen muß und — hierdem für die Allorarbeit starke Einbuße an produktive Arbeitszeit bringt. Um das auszugleichen, müssen die am Morgen und tagsüber verlorren gegangenen Arbeitsstunden als „Leberstunden“ ohne jede Vergütung täglich abgeleistet werden.

Diese erschlückende industrielle Gerechtigkeit verstehen die Leute beim besten Willen nicht. Eine hilflosige Empörung lockert auf. Allein ein Duzend kalte Köpfe raten ab vom Streit und bahnen ein ganz gangbaren Weg an.

Unter den Broschallten ist natürlich der Jachl Krautkohl. Und der hat sich einen zugelegt, einen Burschen von jener Sorte, die in allen Farben schillern, mit allen Wassern gewaschen und auf jedem Dreackisse dabeim sind. Der Himmelschelcher ist so einer. Er ipoviert über Höchstes und Allerheiligstes und ruicht bei jeder Ballfahrt eine hirscheberne Nase durch. Den Schlaten kannt also haben. Und der trommelt im ganz leisen Trommelfelmarisch in der ganzen Ortschaft rum, daß der Sauggasingenieur kein Weib, od' ledig, verlobt oder verheiratet in Ruhe löst und überhaupt Damenunterhofen sehr nahe kommt.

So gibts die... grünt ichadenfröh der Himmelschelcher, und richtig, in einigen Wochen hat der Motormann ätterhand Farbenslede am ganzen Körper, und so, welche Landarten meist mit knarigen Geschnigen erzeugt werden.

Der druckt sich gewiß... und nachdem werden mer scho fertig mit der Sach... meint der Krautkohl, weil sich der Fachmann schon gegen Abend halb vom Motor begemacht. Der

Motor bleibt sofort wie angenagelt stehen und seine zwanzig Leufel können ihn mehr antreiben.

Die Froschhalten halten irgendwo am Abend Ausbrache und stellen fest, daß der Motorschmann so nicht fortzubringen ist. Er soll sich fogar mit behördlicher Erlaubnis und wegen der furchtbaren Prügel ein Schießeisen halten dürfen. Zur Abwehr.

Da sei Gott vor!... Wir wollen den Herrn Fischenäär ja gar riz tun, wenn er so im Volk rum auch gotteslästerliche Reden hält, der Teufelskerl... Und ich sag euch... warum bleibt der Motor grad immer gegen Abend hin stehen?... Ich wuß den ganzen verhexten Krenpl... laßt mir nur machen... in Gottes Namen... grünt scheinheilich der Himmelschelcher und druckt sich zwischen Dunkelsein und Siehstnichicht.

Wie das die anderen hören, gehen sie auch weg. Nur der Himmelschelcher und der Krautkohl haben noch eine kleine Ausbrache. Man muß die Sache ins reine bringen, damit die Arbeiter die Geduld nicht verlieren und alles schön geölt und geschmiert hinstückt.

Der andere Tag ist dem Himmelschelcher geeignet, beim Fabrikherrn um ein Viertelstündchen zu bitten. Der Himmelschelcher steht da, geduckt, lamufromm, wie ein armer Sünder.

„Da ermuntert ihn der Herr: „No, no, Alter, warum läßt man denn den Schadel so sinken?“

„O Herr, ich möcht... reden... aber ich trau mich nicht...“ fluchelt der Schelcher.

„Jetzt raus mit der Sprache!“ fährt der Herr hoch.

Einen dreizentnerschweren Senzler tut der Himmelschelcher, und dann bricht's von ihm raus, wie abgebolzt: „Herr!, wir ham an Teufel im Maschinenhaus... Gott verzeih ihm die Sünd...“

„Wem? Wo? Wo ist der Teufel... Doch Unfann...“ verjucht der Herr die Sache lustig zu nehmen.

Der andere aber kann eine solch frommernste, tiefinsichgelehrte, augenberdrehende Larve aufsehen, daß der Herr gleich wieder toberrnt meint: „No, no, a Teufel im Maschinenhaus... no, no...“

Den Stimmungswchsel nützt der siebenmal gewaschene Macher und jammert: „Gott sei's geflagt, ka Weib läßt er in Ruh in der ganzen Ortschaft, in alle Haushaltungen gibts Streit... im Wirtshaus spielt er den, der über die ganze Fabrik verfügt... ka Herr hat er, kan Glauben, und ka Gemüt... und wenn er ins Maschinenhaus tritt, is der Teufel los... unfer Krautkohl verbercht, wenn's dem fremden Kerl zur Probe drei Tag Urlaub geben, will er's auf sich nehmen, der Jachel, daß der Motor ka Stund mehr ver sagt...“

Einige Minuten ist es ganz still im Kontor. Nur der schwere große Regulator, die kostbare Wanduhr, läßt tafgenau ihre metallenen Herzschläge hören. Und nun dazwischen die Stimme des Herrn: „Wird gemacht...“ sag's dem Krautkohl, der Herr aus Dresden kriegt Urlaub...“

So geschmeidig er kommt, so schlängelt er sich wieder fort, der Himmelschelcher.

Die nächsten Tage bringen Spannung. Ob es halt der Jachel fertig bringt, das mit dem Motor. Und, da, wirklich, weiß der Laufend, oder der Ruckd... er bringt's fertig. Keine Viertelstunde verlagit der Motor.

Die Fabrikleute hören es so vom rumjagen, der Jachbetsständige fremde Herr hat solvel Urlaubüberlängerung bekommen, wie einer, der ganz draußen bleibt. Das tuschelt so durch Häuser und Gassen.

Aber ganz, vor der breiten Dessenlichkeit, soweit die Fabrik reicht, kann jedermann den Anschlag der Fabrikleitung lesen: „Da alle Betriebsstörungen behoben sind, ist die Arbeitszeit wöchentlich um zwei Stunden verkürzt.“

Mitten in einem Haufen Fabrikleute, neben dem Maschinenhaus, steht der Himmelschelcher, zeigt mit dem Daumen rückwärts zum Maschinenhaus und grünt: „Tja, mer ham halt den siebengeheiten Teufel von da drinnen rausgejagt...“

Japan.

Die amtliche Erhebung vom 1. Oktober 1925 erstreckte sich auf GrobJapan — also auf die das eigentliche Japan bildenden vier Hauptinseln und auf die Kolonien Korea, Laiman (Formosa) und Süd-Sachalin.

Die festgestellte Gesamtbevölkerung beträgt rund 83,4 Millionen gegenüber rund 77,0 Millionen im Jahre 1920, sie hat also um 6,4 Millionen oder 8,4 Proz. zugenommen.

Im eigentlichen Japan hat sich die Bevölkerungszahl von 55 963 053 im Jahre 1920 auf 59 786 704 im Jahre 1925 erhöht, die Zunahme betrug demnach rund 6,7 Proz. Mit Ausnahme von 180 000 Zuwanderungen entfällt die gesamte Zunahme auf den inländischen Geburtenüberschuß. Die Bevölkerungsdichte beträgt 157 Einwohner auf einen Quadratkilometer gegenüber 147 im Jahre 1920 und steht nur hinter derjenigen von England, den Niederlanden, Belgien und Java zurück.

Das Geschlechtsverhältnis ist in Japan ziemlich ausgeglichen: es wurden 30,0 Millionen männliche und 29,7 Millionen weibliche Personen gezählt; auf 100 weibliche Personen kommen demnach 101 männliche Personen (1920: 100,4).

Japan hat 101 Städte mit über 20 000 Einwohnern, darunter 22 Großstädte (gegenüber 83 und 19 im Jahre 1920). Die Bevölkerung der 22 Großstädte bildete im Jahre 1925 14,8 Prozent der Gesamtbevölkerung gegenüber 12,1 Proz. im Jahre 1920; das sind 8 843 288 Personen, darunter 4 669 586 männlichen und 4 173 703 weiblichen Geschlechts. Das Geschlechtsverhältnis in den Großstädten unterscheidet sich also erheblich vom Reichsdurchschnitt und beträgt 112:100 zugunsten des männlichen Geschlechts. Mit Ausnahme von Tokio und Yokohama, die infolge der Erdbebenkatastrophe im Jahre 1923 starke Bevölkerungseinbußen erlitten haben, wiesen die Großstädte eine erhebliche Vermehrung ihrer Einwohnerschaft auf.

Ein wahres Geschichtchen.

Am Tage vor einem Schulausflug fragte der Lehrer seine Schüler, ob sie auch alle Geld mitgebracht hätten. Alle bejahten es, bis auf einen. Der junge mittelbige Lehrer erkundigte sich, ob er morgen Geld mitbringen würde, was aber verneint wurde. Darauf versprach der Lehrer dem Kleinen, für ihn fünfzig Pfennig anzulegen.

Damit den Kindern das Geld nicht verloren ging, hatte es der Lehrer an sich genommen und die Ausgaben für jedes Kind bezahlt. Am anderen Tage fragte er nun, wer noch Geld zu bekommen hätte. Zu seinem großen Erstaunen meldete sich auch der Kleine, für den er Geld ausgelegt hatte.

„Was bekommst du denn eigentlich noch?“ fragte ihn der Lehrer.

„Ja, Herr Lehrer!“ jagte der Kleine, „Sie wollten für mich fünfzig Pfennige auslegen, dreißig haben Sie aber bloß ausgelegt, da bekomme ich doch noch zwanzig raus!“